Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 23.—29. Dez. 0,65 Goldmark. Einzelverkaufspreis: 15 Goldpfennige.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige, Reklamen 80 Goldpfennige.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 296. Freitag, 28. Dezember 1923. 30. Jahrgang.

Weshalb kann der Staat die Beamten nicht bezahlen?

Dr. L. Lübeck, 28. Dezember.

Vor einem Jahr stand im „Volksboten" der Satz:

„Wenn Reich und Länder ihre bisherige Finanzpolitik noch einige Zeit fortsetzen, so ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo Reich und Länder nicht einmal mehr das Geld haben, um ihre Beamten zu bezahlen."

Ein wütendes Geheul entbrannte in der bürgerlichen Presse, ob dieser „Hetze des Volksboten": Der „Volksbote" will Beamte in Aufregung versetzen, um sie gegen die bürgerliche Finanzpolitik aufzuhetzen usw.

Beamte! Vielleicht habt Ihr früher daran geglaubt, daß das tatsächlich eine Hetze des „Volksboten" war. Aber heute? Wißt Ihr es heute nicht besser?

Kann Euch denn heute der Staat noch bezahlen? Hungergehälter bekommt Ihr. Tropfenweise!

Es wird noch schlimmer werden! Wenn es dem Reich und den Ländern nicht gelingt, Besitz und Kapital zum Steuerzahlen zu bewegen, so entsteht für Euch eine ungeheure Katastrophe!

Der Rentenmarkkredit ist spätestens Mitte Januar erschöpft. Der Gehaltsbruchteil, der am 1. Januar ausbezahlt wird, ist der letzte Rest dieses Kredits. Was dann?

Alles steht auf des Messers Schneide. Glaubt ein Mensch, daß die Volkspartei den Mut aufbringt, ihren Oberbefehlshaber Stinnes mit scharfen Steuern zu belasten? Oder, daß die Deutschnationalen einer Besteuerung der Großagrarier ihre Zustimmung geben werden?

Die Sozialdemokratie führt seit Jahren einen erbitterten Kampf für eine gerechte Besteuerung. Welche Mühe haben wir uns hier in Lübeck gegeben, um wenigstens etwas von den Riesengewinnen des Handels und der Industrie für den Staat zu retten!

Es war vergebens! Senat und Bürgertum haben alles vereitelt. Die gesamten Steuereingänge unserer Stadt betragen in diesem Jahre noch nicht einmal 5000 Goldmark. Davon soll der Staat leben? Pleite mußte er ankündigen! Und er steht mitten drinn in dieser Pleite!

Gewiß, wieder wird man schreien: Der „Volksbote" hetzt! Aber, ist es nicht die Wahrheit? Fühlt es nicht jeder Staatsangestellte am eigenen Leibe?

Es gibt heute nur noch einen einzigen Ausweg, soll der Staat nicht endgültig zusammenbrechen: Der Besitz muß bluten! Die großen Vermögen müssen angegriffen werden!

Nur eine Partei kann das! Nur eine Partei hat den festen Willen das zu tun: Die Sozialdemokratie!

Dazu braucht sie die Mehrheit! Dazu braucht sie vor allem eine ungeheure Mehrheit der Jastimmen am 6. Januar!

Die Beamten und Angestellten stimmen also am 6. Januar über ihre eigene Zukunft ab! Es geht auch um ihr tägliches Brot!

Beamte! Herunter mit dem Schleier der Voreingenommenheit! Erkennt, was auf dem Spiele steht! Mit bürgerlichen Schlagwortphrasen könnt Ihr Eure Kinder nicht sättigen.

Der Staat soll Steuern einziehen, damit er Euch ein auskömmliches Gehalt bezahlen kann. Damit er auch Eure Zukunft sicherstellen kann!

*

Vielleicht ist es auch manchem Beamten und Angestellten interessant zu hören, daß die Lübecker Handels- und Gewerbekammern für den bürgerlichen Wahlkampf allein 100 000 Goldmark aufgebracht haben. Das ganze Jahr stöhnte man, es sei unmöglich, die Gewerbesteuer aufzubringen. Und jetzt zahlt man den dreißigfachen Betrag allein für den Wahlkampf! Was müssen die Herren also für eine Geldsackangst haben vor einer sozialdemokratischen Mehrheit! Und wie haben sie den Staat bisher um die Steuern betrogen!

Beamte und Angestellte! Vielleicht erkennt Ihr auch daran, was Ihr von den Herren von Kapital und Besitz zu erwarten habt!

Bürgerliche Steuerpolitik!

Berlin, 27. Dezember.

Der Entwurf der dritten Steuernotverordnung, der dem Reichsrat bereits vorliegt, aber bis jetzt sorgsam geheimgehalten wurde, enthält im § 1 ein generelles Verbot für Gläubiger von Forderungen, die auf Reichsmark lauten, mit Rücksicht auf die Geldentwertung nachträglich eine Erhöhung zu verlangen. Dagegen werden Länder und Gemeinden im Hinblick auf die Neuregelung des Mietwesens und die eintretende Steigerung der Mieten berechtigt, von dem bebauten Grundbesitz ab 1. Januar 1924 eine besondere Steuer zu erheben. Die Regelung erfolgt durch die Länder. Die Steuer muß so hoch bemessen werden, daß dem Eigentümer vom 1. April 1924 ab mindestens 30 Proz., vom 1. Juli 1924 ab mindestens 40 Proz. und ab 1. Oktober 1924 mindestens 50 Prozent der Friedensmiete verbleiben. Die Länder können für Eigenhäuser und für Eigenwohnungen, bei denen eine dringliche privatrechtliche Last am 1. Januar 1919 oder bei späterer Fertigstellung des Gebäudes im Zeitpunkt der Fertigstellung nicht bestanden hat, eine Ermäßigung der Steuer oder Befreiung eintreten lassen.

Der zweite Teil des Entwurfs der dritten Steuernotverordnung sieht eine Besteuerung der Schuldverschreibung vor, die von natürlichen Personen, Personenvereinigungen und juristischen Personen des Privatrechts ausgegeben sind. Unter gewissen Umständen ist eine Befreiung vorgesehen. Die Steuer beträgt insgesamt 10 Proz. des Goldmarkbetrages und ist in Höhe von 4 Proz. am 1. Februar 1924 und von 2 Proz. am 1. Oktober 1924, 1. April 1925 und 1. Oktober 1925 zahlbar. Der Entwurf vollendet das Bild, das man sich von der Steuerpolitik dieser sozialistenreinen bürgerlichen Regierung bereits machen konnte. Es ist ein erschreckendes Bild, das sich da enthüllt.

Die Sozialdemokratie ist seit der Umwälzung unablässig und mit größter Energie für eine energische Steuerpolitik und für die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt eingetreten. Sie hat erkannt, daß die fortschreitende Geldentwertung, die Inflationssteuer, die schlimmste und verderblichste aller Steuern ist. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war auch bereit, in der gegenwärtigen verzweifelten Situation eine konsequente und energische Steuerpolitik zu unterstützen. Was sie aber fordern muß, ist, daß eine solche Politik den primitivsten Forderungen steuerlicher Gerechtigkeit und sozialer Rücksichtnahme entspricht. Die Finanzpolitik der sozialistenreinen Regierung bedeutet aber die schlimmste Ungerechtigkeit und zeigt einen erschreckenden Mangel an sozialem Empfinden.

Das haben schon die früheren Steuerverordnungen bewiesen. Alle Verbrauchsabgaben sind auf Friedenshöhe in Gold gestellt. Dazu kommt noch die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2½ Prozent. Das bedeutet, daß alle Konsumenten außer dem Betrag der indirekten Steuer von sämtlichen Waren, die sie kaufen, zehn bis fünfzehn Prozent des Kaufpreises als Steuer zahlen müssen. Das in einer Zeit, wo die deutschen Preise zum Teil infolge der Wucherpolitik der Kartelle ohnedies über den Weltmarktpreis stehen, während die Kaufkraft der breiten Massen von den Unternehmern immer tiefer gedrückt wird.

Um so schonender hat die Regierung die Besitzenden angefaßt. Unter dem Druck der Sozialdemokratie hatte im August der Reichstag noch unter der Regierung Cuno die Betriebssteuer und die Landabgabe beschlossen, die einzig wirklich wirksamen Besitzsteuern. Die Steuern liefen bis zum 1. März. Herr Luther hat den Besitzenden die Zahlung dieser Steuern für die beiden letzten Monate, Januar und Februar, erlassen. Ein Geschenk von etwa 60—70 Goldmillionen, wovon 40 auf die Landwirtschaft entfallen. Dafür ist, was aber nur selbstverständlich ist, die Einkommen- und Vermögenssteuer auf Gold gestellt und in einzelnen Ländern endlich, viel zu spät, die Grundsteuer, die bisher minimal war, etwas angespannt worden. Trotzdem werden die Erträge aus Einkommen- und Vermögenssteuer die der Landabgabe und der Betriebssteuer nicht erreichen. Ebenso hat Herr Luther die Sätze der Erbschaftssteuer ermäßigt. Man sieht die „brutale Steuerpolitik" der bürgerlichen Regierung verkehrt die Absichten der sozialistischen Steuerpolitik gerade ins Gegenteil. Sie ist allerdings brutal gegen die Besitzlosen, aber sehr schonend gegen die Besitzenden!

Das alles wird nun übertroffen durch die neuen Steuerpläne. Die Regierung verbietet zunächst allgemein, daß Gläubiger von Forderungen, die auf Reichsmark lauten, als Ausgleich für die Geldentwertung nachträglich eine Erhöhung verlangen. Das bedeutet die endgültige Expropriation aller Besitzer von Reichsanleihen, Hypotheken, Pfandbriefen, Industrieobligationen usw. Es bedeutet, daß Landwirtschaft, Industrie und Hausbesitz ihre Schuldenlast, die im Frieden jedenfalls 50 Goldmilliarden überstiegen hate, endgültig los sind. Für diese Entlastung müßten diese Kreise, die auch — den Hausbesitz ausgenommen — in anderer Beziehung Nutznießer der Geldentwertung waren, jetzt in der höchsten Not des Reiches zu den Lasten entsprechend stark herangezogen werden. So würde wenigstens eine sozialistische, nein, jede nur einigermaßen sozial empfindende Regierung vorgehen. Herr Luther handelt anders. Seine neue Verordnung bringt zwar eine Besteuerung der Schuldverschreibungen in der Höhe von 10 Prozent ihres Goldwertes. Aber es handelt sich im wesentlichen um eine Steuer auf die industriellen Obligationen, während die Landwirtschaft völlig frei bleibt. Damit wird nicht etwa nur den kleineren und mittleren Bauern entgegengekommen, sondern auch dem Großagrarierium eine geradezu unerhörte Konzession gemacht. Es ist die vollendete Kapitulation vor der Steuerscheu der Großagrarier. Der Landbund hat einen vollständigen Sieg davongetragen. Während das Reich seine Beamten und Angestellten auf die Straße wirft, während es Löhne und Gehälter unerträglich kürzt, die Erwerbslosenunterstützung aufs äußerste reduziert, treibt die bürgerliche Regierung eine Finanzpolitik, die die Leistungsfähigsten schont. Verstehen jetzt Arbeiter, Angestellte und Beamte, was eine sozialistenreine Regierung bedeutet?

Zur selben Zeit aber droht den breiten Massen der Arbeiterklasse und des Mittelstandes eine ganz außerordentliche Belastung. In kurzer Zeit sollen die Mieten — jetzt, mitten in der Krise! — auf Friedenshöhe in Gold gesteigert werden. Daß die Mieten nicht immer außer Verhältnis zu den übrigen Preisen bleiben können, wäre zuzugeben. Aber alles kommt darauf an, den Uebergang schonend und erträglich zu machen. Die Steigerung der Mieten darf nur sehr allmählich vorangehen. Sie ist nur erträglich in einer Zeit besserer Konjunktur, wo Arbeiter und Angestellte in der Erhöhung ihrer Bezüge einen gewissen Ausgleich finden können. Die Schlichtungsausschüsse müssen angewiesen werden, bei allen Entscheidungen die Mietssteigerungen voll zu berücksichtigen. Zudem müssen die erhöhten Mieten nicht die Rente des Hausbesitzers vermehren, sondern der Gesamtheit zugute kommen.

In den ersten Plänen der Regierung war davon noch eine Spur enthalten. Der größte Teil der Mietssteigerung sollte dem Reich und den Ländern zufallen, ein Teil als Unterstützungsfonds für die schwächsten Mieter, ein anderer zur Belebung der Bautätigkeit, also zur Einschränkung der Wohnungsnot und zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise dienen. Von alledem ist jetzt keine Rede mehr. Von der Friedensmiete soll der Hauseigentümer 50 Prozent erhalten! Mit größter Ueberstürzung sollen die Mieten gesteigert werden. Vom 1. April 1924 ab erhält der Eigentümer bereits mindestens 30 Prozent, vom 1. Juli 40 und vom 1. Oktober mindestens 50 Prozent der Friedensmiete. Der Rest der Steigerung fällt den Ländern und Gemeinden zu, die vom 1. Januar ab die Mietssteuer erheben können. Das Reich geht leer aus. Das bedeutet also, daß wir angesichts der Finanznot der Länder und Gemeinden damit rechnen können, daß längstens in neun Monaten die Goldmieten erreicht sein werden!

Das wahrhaft Groteske ist dabei, daß Herr Luther für den Hausbesitz so außerordentlich besorgt ist, daß er dessen Anteil noch vor dem der Länder und Gemeinden sichert. Aber die Regierung irrt sich, wenn sie glaubt, ihre Absichten leicht verwirklichen zu können. Unsere Genossen dürfen ihr im Reichstag die Meinung über diese Art Steuerpolitik zu sagen wissen! Man wird dann sehen, ob die Regierung bei diesen geradezu ungeheuerlichen Absichten verbleibt. Herr Luther kann ja manchmal auch anders. Bleibt er aber hartnäckig, dann wird dafür gesorgt werden, daß der Reichstag rechtzeitig vor die Entscheidung über eine Steuerpolitik gestellt wird, die nachgerade eine immer unerträglichere Herausforderung der Volksmassen bedeutet.

Wer weiter hungern will,
der stimmt mit Nein!
Alle andern wählen
Ja!

Die Sachverständigen-Ausschüsse.

Offizielle Mitteilung der Reparationskommission.

Paris, 27. Dezember.

Nach offiziellen Mitteilungen der Reparationskommission setzt sich der erste Sachverständigen-Ausschuß, der die Währungs- und Budgetfragen zu behandeln hat, wie folgt zusammen: Großbritannien: Sir Robert Kindersley, Direktor der Bank von England, und Sir Josua Charles Stamp, Sekretär der Nobelgesellschaft; Frankreich: Parmentier, Verwaltungsrat des Credit foncier von Frankreich, und Professor Alix von der Rechtsfakultät in Paris; Italien: Industrieller Dr. Alberto Pirelli und Professor Flora, Professor der Finanzwissenschaften an der Universität Bologna; Belgien: Baron Maurice Houtart, Mitglied der Kammer, und Bankier Emile Francqui, Staatsminister und Vizegouverneur der Societe generale; Amerika: Dawes von der Central Trust Company, Chikago, und Oven Young, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Electric Company.

*

Der Ausschuß für die Kapitalflucht setzt sich folgendermaßen zusammen: Großbritannien: Reginald McKenna, ehemaliger Schatzkanzler; Frankreich: Laurent Althalin, Direktor der Banque de Paris et des Pays bas; Italien: Dr. Alberti, Vizedirektor des Credito italiano; Belgien: Janssen, Direktor der Belgischen Nationalbank; Amerika: Henry Robinson, Präsident der Nationalbank von Los Angelos.

Am Sonnabend Riesenversammlung im Gewerkschaftshaus!

Redner: Die Genossen **Haut** und **Dreger.** Volle Redefreiheit für jedermann.

Das Urteil gegen die Düsseldorfer Schupo.

Das Gegenteil von Rechtsprechung.

Am Donnerstag nachmittag fällte der französische Gerichtshof im Düsseldorfer Schupoprozeß das Urteil. Regierungspräsident Genosse Grützner wurde in Abwesenheit zu 20 Jahren Zwangsarbeit, ein Polizeioffizier zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe und die anderen Angeklagten zu längeren Zuchthaus- bezw. Gefängnisstrafen verurteilt. Ein geringer Teil der Angeklagten wurde freigesprochen.

Am 30. September hatten die rheinischen Separatisten bekanntlich in Düsseldorf einen Umzug veranstaltet, in dessen Verlauf es zwischen den Polizeibeamten und den Demonstranten zu einem schweren, blutigen Zusammenstoß kam. 74 Personen, darunter 13 Polizeibeamte wurden verwundet, 7 Sonderbündler getötet. Außerdem büßten drei Polizeibeamte ihre Pflichterfüllung mit dem Leben ein.

Die Düsseldorfer Polizei tat damals lediglich ihre Pflicht, denn es handelte sich bei der Düsseldorfer Demonstration um nichts anderes als **um den Auftakt zu einer großen mit französischem Geld finanzierten separatistischen Putschbewegung**, die tatsächlich wenige Tage später in Aachen, Düren, München-Gladbach und anderen rheinischen Städten einsetzte und erst vor wenigen Wochen mit dem Rücktritt der sogenannten separatistischen Regierung in Koblenz endete. Die Pflicht der deutschen Polizei, im besetzten und unbesetzten Gebiet ist — trotz Besatzung —, Unruhen zu unterdrücken und Rebellionen gegen den Staat, von wo sie auch kommen, unmöglich zu machen. Was sich in Düsseldorf ereignete, waren systematisch provozierte Unruhen als Auftakt zu der separatistischen Putschbewegung, in deren Verlauf die Schutzpolizei, getreu ihrer Pflicht, einzugreifen hatte und von der Waffe Gebrauch machen mußte, als sich herausstellte, daß die separatistischen Angreifer überlegen und mit Schußwaffen der modernsten Gattung ausgerüstet waren. Wenn es im Verlauf dieser Auseinandersetzung Tote und Verwundete gab, dann ist das nicht die Schuld der Düsseldorfer Schutzpolizei oder die des Düsseldorfer Regierungspräsidenten, sondern die Schuld derjenigen, die es erst zu der Düsseldorfer Demonstration kommen ließen, obwohl sie sich der Gefahren bewußt sein mußten, die mit dieser Kundgebung verbunden waren. Deshalb wäre das Urteil, das am Donnerstag gegen deutsche pflichtbewußte Beamte ausgesprochen wurde, zu Recht gefällt worden gegen diejenigen, die den Separatisten des Rheinlandes Freifahrtscheine für die Regiebahn bezw. freie Verpflegung für den Aufenthalt in Düsseldorf zur Verfügung stellten und sie schließlich mit Schußwaffen und dergl. versahen. Die über Grützner verhängte Zwangsarbeit wäre deshalb zu Recht gegen Degoutte ausgesprochen worden. Die übrigen Strafen gebührten seinem Stabe bezw. den von ihm finanziell und moralisch unterstützten rheinischen Separatistenführern.

Wir deutsche Sozialdemokraten werden das Düsseldorfer Urteil gegen deutsche Beamte, die nichts anderes getan haben als ihre Pflicht, niemals als zu Recht bestehend anerkennen. Wir bedauern nur, daß dieses Unrecht gegen deutsche Staatsbürger in einem Augenblick erfolgen konnte, wo die Erkenntnis zu einer notwendigen direkten Verständigung mit Frankreich auch in Deutschland mehr und mehr Platz greift.

Reform des Schlichtungswesens.

SPD. Die am 1. Januar 1924 in Kraft tretende Verordnung über das Schlichtungswesen überweist Streitigkeiten aus den Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen und Arbeitsordnungen den neugebildeten Schlichtungsausschüssen. In wichtigeren Fällen erfolgen Schlichtungen durch Personen, die in den nächsten Tagen vom Reichsarbeitsminister ernannt werden. In der Hand dieser Personen liegt z. B. die bisher den Demobilmachungskommissaren obliegende Entscheidung über Anträge und Verbindlichkeitserklärungen von Schiedssprüchen der Schlichtungsausschüsse, soweit die fragliche Gesamtvereinbarung in ihrem Bezirk Geltung hat. Ragt der Gesamtbereich z. B. bei den Reichstarifen über das Gebiet eines Schlichters hinaus, so ist der Reichsarbeitsminister zuständig. Alle sonstigen arbeitsrechtlichen Streitigkeiten, über die bisher die Schlichtungsausschüsse, Gewerbeaufsichts- und Bergrevierbeamten und die Bezirksausschüsse entschieden, insbesondere die wichtigen Kündigungsstreitigkeiten, Betriebsratsabsetzung und Auflösungsstreitigkeiten, die Wahlen, die Geschäftsführung usw., werden künftig von den Arbeitsgerichten entschieden. Als Arbeitsgerichte dienen die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und, wo solche nicht bestehen, besondere arbeitsgerichtliche Kammern der Schlichtungsausschüsse. Für Preußen ist die Durchführung der neuen Verordnung den Regierungspräsidenten übertragen worden. Alle künftig vor die Arbeitsgerichte gehörenden Streitigkeiten sind, wenn sie am 31. Dezember 1923 vor den Schlichtungsausschüssen usw. noch nicht abgeschlossen sind, binnen zwei Wochen bei dem zuständigen Arbeitsgericht erneut anhängig zu machen. Geschieht das nicht, dann gehen dem Berechtigten die Ansprüche verloren.

Ein Zeitungsverbot.

SPD. Görlitz, 27. Dezember.

Die „Görlitzer Volkszeitung" ist vom Wehrkreiskommando 4 (2. Kavalleriedivision Breslau) vom 27. Dezember bis 3. Januar verboten worden. Das Verbot erfolgte wegen des teilweisen Abdruckes einer Erklärung der sächsischen Regierung, deren Veröffentlichung durch das Wehrkreiskommando 4 (Dresden) untersagt worden war. Görlitz untersteht dem Wehrkreiskommando 4, dessen Kommandeur sich bisher dem Verbot des Wehrkreiskommandos 4 nicht angeschlossen hat. Das Verbot besteht deshalb zu Unrecht und beweist nur wieder, mit welcher Willkür von einzelnen Militärs das Ausnahmerecht gehandhabt wird. Gegen das Verbot ist selbstverständlich Beschwerde eingelegt.

Deutsche Intellektuelle.

Im „Lokal-Anzeiger" hat wieder — wie das Blatt sagt — „Deutschlands hervorragende Gelehrten-, Dichter- und Künstlerwelt" allerhand Weihnachtssprüche aufgesagt. Darunter finden wir auch einen, den der Berliner Maler Max Pechstein niedergeschrieben hat. Er beginnt so:

„Deutsches Volk, sei frei und würdig in dir selbst. Kommt die Neuwahl zum Reichstag, so enthalte dich geschlossen der Stimme für jeglichen Kandidaten. Zwinge hierdurch die Parteien, mehr an dich zu denken und nicht an ihre dir schädliche Machtgelüste . . . ."

Das ist die ganze politische Weisheit, die sie sich in manchen Köpfen der deutschen Intelligenz vorfindet! Aus allem Uebel weiß er keinen anderen Ausweg, als sich rechtzeitig ins Bett zu legen und nicht zur Wahl zu gehen! Es würde aber noch etwas helfen, wenn Herr Pechstein nicht hinzufügte, daß er für zukünftige Wahlen, an denen niemand teilnehmen soll, nur zwei Parteien und auch diese nur „mit möglichst wenigen und jüngeren Vertretern bestehen lassen möchte!

Internationale Hilfe.

SPD. Brüssel, 27. Dezember. (Eig. Drahtb.)

Die wirtschaftliche Notlage der deutschen Bevölkerung beginnt allmählich auch in Belgien bekannt zu werden. Teilweise, hauptsächlich in sozialistischen Kreisen Belgiens, bemüht man sich, auch positive Hilfe zu leisten. So hat die „Kommission syndicale" 10 000 Francs zur Linderung der Not in Deutschland bewilligt. Die belgischen Metallarbeiter haben 50 000 Francs für deutsche Arbeiter und Kinder aufgebracht. Das Personal der Brüsseler Straßenbahn will die vorgeschriebenen Beiträge der Organisationskasse um ein Geringes erhöhen und so einen Unterstützungsfonds für die notleidenden deutschen Arbeiter bilden.

Auch eine internationale Solidarität.

Stinnes und Rothermere.

Unter der Ueberschrift: „Eine Gefahr für Deutschland. Tom Shaw verhandelt mit deutschen Sozialdemokraten" veröffentlicht der „DAZ." nachstehenden eigenen Drahtbericht aus London:

„Die Verhandlungen des in Paris weilenden englischen Arbeiterführers Tom Shaw mit der deutschen Sozialdemokratie verlangen Aufmerksamkeit. „Exchange" zufolge sieht das Programm einen Druck auf Paris zwecks Aufgabe der französischen Sonderpolitik und einen Druck auf Berlin vor, durch den der Wiedereintritt der Sozialdemokratie in die Regierung herbeigeführt werden soll. Deutsche Sozialisten sollen dieses Programm mit Begeisterung aufgenommen haben.

Diplomatische Künste englischer Arbeiterführer drohen zu einer Gefahr für Deutschland zu werden. Es versteht sich von selbst, daß sich Poincare um den Druck einer englischen Arbeiterregierung noch weit weniger kümmern wird, wie um die Haltung der englischen Konservativen. Das einzige praktische Ergebnis obigen Programms könnte also darin bestehen, die deutschen Sozialisten wieder zur Macht zu bringen"

Erstens: An der ganzen Meldung ist kein Wort wahr! Richtig ist lediglich, daß Genosse Tom Shaw vor etwa zehn Tagen in Berlin 48 Stunden weilte, übrigens nicht in seiner Eigenschaft als Sekretär der sozialistischen Internationale, sondern im Auftrage der englischen Textilarbeiterorganisation, die eine Hilfsaktion für den Deutschen Textilarbeiterverband eingeleitet hatte. Daß er dabei auch mit Mitgliedern der deutschen Sozialdemokratie zusammengekommen ist, ist selbstverständlich. Die Frage eines etwaigen Wiedereintritts unserer Partei in die Regierung ist überhaupt nicht erwähnt worden.

Man höre aber und staune: Der Gedanke, daß die englische Arbeiterpartei, die als erste in England und am konsequentesten gegen das Versailler Diktat und gegen die Ruhrbesetzung protestiert hat, Regierungspartei werden und ein möglichst enges Zusammenarbeiten mit Deutschland erstreben könnte, erscheint der patriotischen „Deutschen Allgemeinen Zeitung" als eine „Gefahr"! Dagegen betrachtet sie es als weniger gefährlich, daß eine konservative Regierung am Ruder bleibe, die erfahrungsgemäß auf die poincarefreundlichen „Die Hards", auf die Ronald Mac Neill, Lord Derby, die „Morning Post", die Rothemere-Schandblätter Rücksicht nehmen müßte!

Hier offenbart sich wieder einmal die internationale Solidarität der Reaktion.

Uebrigens veröffentlicht die agrarisch-antisemitische und natürlich ebenso nationale" „Deutsche Tageszeitung" genau das gleiche Telegramm, ebenfalls als „eigenen Drahtbericht", nur unter einer anderen Chiffre. Es scheint also, daß die beiden Blätter den gleichen Londoner Korrespondenten haben. Der Londoner Vertreter der „DAZ." heißt aber Dr. Adler und ist — Zionist. Wieder ein Beweis dafür, wie recht die Völkischen haben mit ihrer Behauptung, daß die Deutschnationale Partei total verjudet ist. („V.")

Die französische Finanzkrise.

Paris, 27. Dezember.

Der französische Finanzminister de Lasteyrie hat heute im Senat bei der Beratung zweier Budgetzwölftel für das Budget der von Deutschland zurück zu erstattenden Ausgaben das Wort ergriffen, um sich über die Krise des französischen Franken auszusprechen und im allgemeinen über die Finanzlage, die auf den Wechselkurs drücke. Was auf Frankreich und der gesamten Welt laste, sei die Nichtausführung des Friedensvertrages von Versailles durch Deutschland. Es sei bedauerlich, daß man dies nicht bereits früher begriffen habe. Es sei aber auch bedauerlich, daß im Augenblick der Unterzeichnung des Friedensvertrages die Frage der interalliierten Schulden aus Mangel an Solidarität nicht geregelt worden sei, was in manchen Ländern eine Krise des Wechselkurses, in anderen eine Arbeitslosenkrise hervorgerufen habe. Der Finanzminister ist der Ansicht, daß sich die politische Lage seit einem Jahre bessere. Frankreich stehe im Ruhrgebiet und der passive Widerstand habe ein Ende erreicht. Amerika werde in den Sachverständigenausschüssen wieder Fühlung mit den Alliierten nehmen. Das seien Gründe, die zu der Annahme berechtigten, daß die Schwierigkeiten, denen Frankreich augenblicklich gegenüberstehe, nur vorübergehend seien. Mit Festigkeit, Kaltblütigkeit und durch Arbeit werde man die Krise in Frankreich überwinden.

Regierungswille der Arbeiterpartei.

Eine Rede Macdonalds.

Ramsay Macdonald sagte in einer Rede in Elgin, er sei sehr befriedigt durch die vielen Siege, die die Arbeiterpartei bei den Parlamentswahlen errungen habe. Leider könne er noch nicht sagen, was geschehen werde, da er nicht sicher sei, ob man der Arbeiterpartei fair play geben werde. Er habe wohlbegründeten Verdacht, daß ein ernster Versuch gemacht werden solle, die Verfassung zu verdrehen, und daß der Demokratie Englands vielleicht kein ehrliches Spiel gewährt werde. Alles, was er sagen könne, sei, daß die Leute, die sich einbildeten, sie könnten das System der parlamentarischen Regierung verderben, wenn es ihnen so paßte, sehr im Irrtum seien. Die konservative Regierung könne sich nicht an ihr Amt klammern, obwohl sie hartnäckig daran festhalte. Warum sie das tue, könne er beim besten Willen nicht sagen, es könne höchstens die Hoffnung sein, daß inzwischen irgendeine unstatthafte und prinzipienlose Koalition gebildet werde, die bezwecke, die Arbeiterpartei an der Uebernahme des Ministeriums zu verhindern. Er könne versichern, daß sich niemand nach der Amtsübernahme dränge. Man brauche nur die Verwirrung der inneren und äußeren Politik, den Stand der englischen Finanzen und das Arbeitslosenproblem zu betrachten. Kein einziges Mitglied der Arbeiterpartei sehne sich danach, die Verantwortlichkeit für die Regierung zu übernehmen. Bezüglich der liberalen Partei sagte Macdonald, sie sei eine Leiche, die darauf warte, daß der Sarg hereingebracht und zugenagelt werde. Die Arbeiterpartei werde die Regierung übernehmen, falls sie dazu aufgefordert werde und wenn dies die Umstände ergäben, denn sie glaube, daß sie in internationalen Angelegenheiten, bezüglich der Fragen des Friedens und der Gerechtigkeit mehr Autorität besitze als irgendeine andere englische Partei.

Die polnische Regierungskrise.

SPD. Aus Warschau wird uns geschrieben: Polnische Kabinettskrisen dauern gewöhnlich lange. Erstens, weil in Warschau persönliche Eitelkeiten und Intrige bei der Kabinettsbildung eine besondere Rolle spielen, und zweitens, weil es bekanntlich im polnischen Sejm keine tragfähige Mehrheit gibt. Wenn trotzdem diesmal bereits nach etwa einer Woche ein neues Kabinett zustandegekommen ist, so ist dabei zu bedenken — abgesehen davon, daß die Nähe der Weihnachtsferien stark auf die Kabinettsbildung drückte —, daß dieses Kabinett nur ein Provisorium ist, das unter bewußter Zurückstellung aktueller politischer Fragen sich hauptsächlich der Finanzreform widmen soll.

Eine Kabinettsbildung der Linken unter der Führung des persönlich hochgeachteten Führers der radikalen Bauernpartei, Thugutt, mißlang. Sie wäre wohl möglich gewesen, wenn man sich zu einem Pakt mit den nationalen Minderheiten hätte entschließen können. Aber das ist in Polen nicht möglich. So blieb nur der Ausweg des überparteilichen Kabinetts, mit deren Bildung Wladyslaw Grabski beauftragt wurde, der im Frühjahr des Jahres Finanzminister war. Grabski ist seinerzeit aus der nationaldemokratischen Fraktion ausgetreten (der sein Bruder, der Lemberger Professor Stanislaw Grabski noch angehört), steht ihr aber noch nahe. Schon dadurch bekommt das überparteiliche Kabinett eine Wendung nach rechts, die auch in der Vergebung der meisten Portefeuilles zum Ausdruck kommt. Kriegsminister ist Sosnkowski geworden, der Pilsudski nahesteht; das ist ein Zugeständnis an die Linke. Das Außenministerium verwaltet provisorisch ein Departementschef des polnischen Außenministeriums, der frühere österreichische Konsul Bertoni!

Das neue Kabinett hat sich dem Sejm bereits vorgestellt. Grabski hat dabei als Programm die Finanzierung dargelegt und eine Mehrheit der Rechten hat bei Stimmenthaltung der Linken und gegen die Stimmen der nationalen Minderheiten dem neuen Kabinett das Vertrauen ausgesprochen. Sie stellt zugleich der Lebensfähigkeit des neuen Kabinetts keine günstige Prognose.

Splitter.

Dr. L. Lübeck, 28. Dezember.

Unser ergreifender Appell an den „Geist des Bürgertums" ist nicht ohne Erfolg geblieben. Nun meldet sich doch ein bißchen „Geist, Witz, Humor" auf der andern Seite.

Zwar mußte sich zu diesem Zweck erst eine der ersten Koryphäen des Bürgertums in geistige Unkosten stürzen. Aber, das ist schließlich gleichgültig. Der „Witz" ist jedenfalls jetzt da. Der erste Politiker und Hauptschriftleiter des Gen.-Anz. hat ihn aus der Taufe gehoben.

Staunt ob der ersten Regung höherer Geistigkeit: Der Naturlaut des Esels sei I—a! Deswegen wählen alle, die solche Naturlaute nicht haben, mit Nein!

Die Wahlparole ist gar nicht schlecht. Sind wir doch überzeugt, daß heute an Stammtischen und überall sonst, wo bürgerlicher Verstand leuchtend glüht, zwerchfellerschütterndes Lachen gesättigt dröhnen wird.

Und der Esel wird dagegen protestieren und sagen: Meine Sprache ist mir angeboren. Aber meine Dummheit ist mir anerzogen! Hauptsächlich durch die bürgerliche Presse! Damit ich ein treuer — Lastesel bleibe mein Leben lang! Dafür werde ich jetzt auch noch ausgelacht von Leuten, die auch nichts anderes sind als — meinesgleichen. Nur mit dem Unterschied, daß sie es nicht wissen! Und deshalb doppelt Mitleid verdienen.

*

Der sozialdemokratische „Wullenwever" hat bei bürgerlichen Literaten einige geistige Verwirrung gestiftet. Auftragsgemäß mußten diese schreibbeflissenen Söldlinge des Kapitals dagegen Attacken reiten. Aber wie?

Mit dem alten Rezept „landfremd" ließ sich diesmal wenig anfangen. Denn „Wullenwever" ist seit vierhundert Jahren dort, wo alle gleich sind. Wo Geldbeutel, Herkunft und Geburtsschein nichts mehr gelten.

Oder doch? Und siehe da, der politische Feuilletonist der Lüb. Anz. fand doch noch etwas Landfremdes! Denn Wullenwever soll Jürgen geheißen haben, „nicht Jürg', wie es im Titel der leberischen Flugschrift landfremd heißt."

Ist solches Wissen in Lübecks Vergangenheit nicht herzerweichend? Wullenwever hieß mit Vornamen Jürgen, mit ganzen Namen Jürgen Wullenwever. Um das zu wissen, muß man selbstverständlich vom ersten bis zum letzten Tag seines Lebens in Lübeck zugebracht haben. Nur vergißt die geistige Leuchte des Amtsblattes a. D., daß das Motto des „Wullenwever" ein bekannter und uralter Schonenfahrerspruch ist, in dem es tatsächlich Jürg' heißt, und nicht Jürgen.

Offenbar muß man tatsächlich landfremd sein, um so etwas aus Lübecks Geschichte zu wissen.

Der neue Lohnabzug.

Von Paul Hertz.

Die zweite Steuernotverordnung bringt eine für alle Arbeitnehmer wichtige Umgestaltung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn, die mit dem 1. Januar 1924 in Kraft tritt. Die Neuregelung bedeutet nicht nur eine sachliche Aenderung der Berechnungsgrundlage; sondern auch eine Verschiebung in der Verteilung der Steuerlast.

Die sachlichen Aenderungen beziehen sich auf die Steuerpflicht und auf die Steuerberechnung. Künftig sollen alle Arbeitnehmer mit einem Jahreseinkommen bis zu 8000 Goldmark dem Lohnabzug unterfallen und dadurch ihrer Einkommensteuerpflicht endgültig genügen. Die Lohnsteuerpflicht ist so weit gespannt worden, um die Zahl der Veranlagungspflichtigen möglichst auf die Fälle zu beschränken, bei denen durch die Veranlagung Steuererträge erzielt werden, die wesentlich höher sind als die Kosten.

Bei der Berechnung des Lohnabzugs hat man zunächst die bisherige Dreiteilung der Ermäßigungen — a) Freilassung des Existenzminimums für Mann und Frau, b) Abgeltung der Werbungskosten und c) Abzüge für minderjährige Kinder — fortfallen lassen. Das steuerfreie Existenzminimum des Steuerpflichtigen ist mit dem Ermäßigungsbetrag zur Abgeltung der Werbungskosten zusammengezogen worden, der entsprechend erhöht wurde. Die Frauenermäßigung wird der Kinderermäßigung gleichgestellt, während sie bisher noch nicht ein Sechstel ausmachte. Der Betrag zur Abgeltung der Werbungskosten ist auf 12 Goldmark wöchentlich festgesetzt worden — Aenderungen kann der Reichsfinanzminister vornehmen —, so daß künftig jeder Lohn, soweit er 12 Goldmark die Woche übersteigt, steuerpflichtig ist. Die Ermäßigung für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind beträgt je 1 Prozent des Lohnes, so daß von dem steuerpflichtigen Lohnbetrag 10, 9, 8, 7, 6, 5 usw. Prozent zu erheben sind, je nachdem ob der Arbeitnehmer ledig oder verheiratet ist, ob er 1, 2, 3, 4 Kinder usw. hat.

Diese Neuregelung ist erfolgt, um die mit dem Lohnabzug verbundene unproduktive Arbeit zu vereinfachen. Bisher war bei jedem Arbeitnehmer ein besonderer steuerfreier Lohnanteil — die Summe der drei verschiedenen Ermäßigungen — zu errechnen und von dem Rest die gleichen 10 Prozent zu erheben. Jetzt hat jeder Arbeiter den gleichen steuerfreien Lohnanteil — die 12 Goldmark Werbungskosten — aber je nach seinem Familienstand seinen besonderen Steuersatz. Der Zweck der Vereinfachung wäre zwar besser und leichter zu erreichen gewesen, wenn man neben dem Fortfall des steuerfreien Existenzminimums auch die Frauen- und Kinderermäßigungen in runden übersichtlichen Goldmarkbeträgen festgesetzt hätte. Aber das ist schließlich eine Sorge der Arbeitgeber, die das Reichsfinanzministerium zu dieser Neuerung gedrängt haben. Für den Arbeitnehmer ist die Frage entscheidend, ob die Neuregelung erträglich ist und zugleich eine gleichmäßige und gerechte Belastung gewährleistet.

Die Ermäßigungen beim Lohnabzug sollen die Anpassung der Steuerbelastung an die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeitnehmers bewirken. Bisher erfolgte die Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit nach der Höhe des Einkommens durch die Ermäßigungen für Frauen und Kinder. Und zwar wurde diese Anpassung — wie bei allen heutigen direkten Steuern — nicht durch proportionale (im gleichen Verhältnis steigende), sondern durch progressive (im stärkeren Verhältnis steigende) Abstufung des Steuersatzes nach beiden Gesichtspunkten erreicht. Wie diese Progression z. B. in der Woche vom 16. bis 22. Dezember wirkt, zeigt folgende Tabelle:

Belastung in Proz. des Gesamtlohns:

bei einem Wochenlohn von Goldm.	ledig	und bei folgendem Familienstand: verheiratet	verh., 1 Kind	2 Kinder	4 Kinder
15	3,0	2,3	—	—	—
25	5,8	5,4	2,4	—	—
30	6,5	6,1	3,6	1,2	—
50	7,9	7,7	6,2	4,7	1,7
150	9,3	9,2	8,7	8,2	7,2

Zukünftig gibt es nur noch eine Progression nach der Einkommenshöhe. Die Berücksichtigung des Familienstandes erfolgt dagegen durch proportionale Abstufung. Daher ist die Spanne der Steuersätze zwischen dem Leistungsschwächsten — dem kinderreichen Kurzarbeiter — und dem Leistungsstärksten — dem ledigen Schwerverdiener — gegenüber dem bisherigen Zustand wesentlich verringert. Für die einzelnen Fälle ergibt sich folgende Steuerbelastung:

Belastung in Proz. des Gesamtlohns

bei einem Wochenlohn von Goldm.	davon sind Goldmark steuerpfl.	es werden erhoben, wenn ledig 10 Proz.	verh. 9 Proz.	verh., 1 Kind 8 Proz.	2 Kind. 7 Proz.	4 Kind. 5 Proz.
15	3	2,0	1,9	1,6	1,4	1,0
25	13	5,2	4,4	4,2	3,6	2,6
30	18	6,0	5,3	4,8	4,2	3,0
50	38	7,6	6,8	6,1	5,3	3,8
150	138	9,2	8,3	7,4	6,4	4,6

Wie ein Vergleich der beiden Tabellen zeigt, kommen zwar die Ledigen und die kinderlos Verheirateten auf der einen Seite, die Vielverdiener auf der anderen Seite gut weg, die Familienväter aber zahlen einen erheblich höheren Satz als gegenwärtig, und die **kinderreichen Familien mit geringem Einkommen stehen sich unter der Neuregelung am ungünstigsten.** Während ein Familienvater mit zwei Kindern bei 30 Goldmark Wochenlohn gegenwärtig nur 1,2 Prozent zu zahlen hat, zahlt er künftig 4,2 Prozent. Während er mit vier Kindern jetzt überhaupt steuerfrei ist, zahlt er künftig 3 Proz. Während bei gleichem Einkommen der Ledige gegenwärtig über fünfmal mehr zahlen muß als ein Familienvater mit zwei Kindern, zahlt er künftig nur doppelt soviel.

Diese nachteilige Wirkung, die der Verzicht auf die Progression nach dem Familienstand nach sich ziehen mußte, hätte durch eine verschärfte Progression nach der Einkommenshöhe, die ja in der Form des festen Werbungskostensatzes erhalten geblieben ist, ausgeglichen werden können. Ein solcher Ausgleich ist aber weder versucht, noch erreicht worden. Zwar zahlt ein Lediger bei 15 Goldmark Wochenlohn jetzt 3 Proz., künftig 2 Proz. und bei 150 Goldmark jetzt 9,3 Proz., künftig 9,2 Proz. Aber diese Erhöhung der Spannung von mehr als dem Dreifachen auf das mehr als Viereinhalbfache reicht bei weitem nicht aus, um den Verlust der Progression nach dem Familienstande auszugleichen. Auf diesem Umwege ist vielmehr eine starke **Begünstigung der bessergestellten Arbeitnehmer, der leitenden Angestellten und der Direktoren, erreicht worden.** Ein Familienvater mit zwei Kindern zahlt bei 15 Goldmark Wochenlohn gegenwärtig 0 Proz., künftig 1,4 Proz. und bei 150 Goldmark Wochenlohn gegenwärtig 8,2 Proz., künftig nur 6,4 Proz.

Bei dem Vergleich der jetzigen Lohnsteuerbelastung mit der künftigen darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß der gegenwärtig verhältnismäßig günstige Zustand erst seit sechs Wochen besteht. Während der Familienvater mit zwei Kindern und 30 Goldmark Wochenlohn gegenwärtig nur mit 1,2 Proz. belastet ist, zahlte er im Durchschnitt des Jahres 1923 mehr als 5 Proz. So gesehen, bedeutet das neue System, das in diesem Falle nur eine Belastung von 4,2 Proz. vorsieht, eine Ermäßigung. Aber es darf auch nicht verkannt werden, daß die höhere Durchschnittsbelastung des Jahres 1923 nicht beabsichtigt war, sondern erst durch die Geldentwertung hervorgerufen worden ist. Seitdem die Geldentwertung zum Stillstand gekommen ist, hat sich nach dem bisherigen System eine wesentlich geringere Steuerbelastung ergeben, als sie künftig eintritt. Diese höhere Belastung aber ist bedenklich wegen des **außerordentlich stark gesunkenen Reallohnes.** Und wenn eingewendet wird, daß die ganz gering Entlohnten und die Kurzarbeiter künftig völlig steuerfrei sind, so ist das absolut keine besondere Vergünstigung, sondern nur die Folge der Tatsache, daß sie zur Steuerleistung unfähig sind, weil ihr Einkommen kaum zur Fristung der Existenz ausreicht.

Die Forderungen der Sozialdemokratie gingen daher in den Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium von Anfang an auf eine Erhöhung der Freigrenze auf 20 Goldmark. Eine Freigrenze in dieser Höhe ist nicht nur notwendig, weil es unsozial und wirtschaftlich bedenklich ist, auch die kleinen Einkommen mit ihrer unzureichenden Kaufkraft zu besteuern, sondern auch wegen der Steigerungen, die die Werbungskosten (Krankenkassenbeiträge, Erwerbslosenversicherung usw.) aufwerfen. Sie hätte auch die Progression so wirksam beeinflußt, daß die ungünstige Verschiebung in der Belastung der kinderreichen Familien vermieden worden wäre. Die Ablehnung dieser Forderung durch die Regierung und die bürgerlichen Parteien wird durch fiskalische Erwägungen nicht gerechtfertigt. Die Sozialdemokratie erkennt an, daß in der jetzigen trostlosen Finanzsituation auch der Arbeiter Steuern zahlen muß. Aber sie kann eine Erschwerung der Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten in einer Zeit stärkster Drückung des Reallohns, ausgedehntester Kurzarbeit und neu erhöhter Verbrauchssteuerbelastung nur dulden, wenn durch die stärkste Besitzbelastung das Gegengewicht dazu geschaffen wird. Das ist aber nicht der Fall. Aber das Arbeitseinkommen und der Verbrauch ist auf das denkbar stärkste Maß belastet. Von dem Besitz kann man das nicht sagen. Fest steht aber schon heute: Reichsregierung und bürgerliche Parteien haben das Steuerunrecht der letzten Jahre nicht beseitigt, sondern verschärft.

Devisen-Kurse.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		27. Dezember.	22. Dezember.
		(In Millionen)	
Amsterdam	1 fl.	1 596 000	1 596 000
Buenos Aires	1 Peso	1 346 625	1 336 650
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	187 590	188 528
Kristiania	1 Kr.	626 438	623 438
Kopenhagen	1 Kr.	751 118	751 118
Stockholm	1 Kr.	1 109 220	1 109 220
Helsingfors	1 finn. Mk.	103 740	103 740
Rom	1 Lire	183 540	188 540
London	1	18 354 250	18 354 000
Neuyork	1 Dollar	4 189 500	4 189 500
Paris	1 Frs.	211 470	213 465
Zürich	1 Frs.	736 155	732 155
Madrid	1 Peseta	550 620	550 620
Portugal	1 Escudo	148 627	146 628
Japan	1 Yen	1 975 050	1 945 125
Rio de Janeiro	1 Milreis	393 015	393 015
Wien	1 Kr.	59 850	59 850
Prag	1 Kr.	123 690	128 690
Jugoslawien	1 Dinar	47 481	47 680
Budapest	1 Kr.	217 455	219 450
Bulgarien	1 Lewa	29 426	29 925

Germaine Berthon freigesprochen.

Ein politischer Mordprozeß von Paris.

Paris, 24. Dezember.

Nach einem sensationellen Prozeß der in politischen Kreisen großes Aufsehen erregt hat, wurde Germaine Berthon, die Mörderin des Generalsekretärs der Camelots du roi, Plateau, die eigentlich Leon Daudet ermorden wollte, vom hiesigen Schwurgericht freigesprochen.

Das Urteil kann kein Erstaunen erregen bei denjenigen, die den Verlauf des Prozesses verfolgt haben und mit den Gewohnheiten der Pariser Geschworenen einigermaßen vertraut sind. Die 20jährige Anarchistin, die den Mord an Plateau begangen zu haben, vollständig war und die vor Gericht nur ihrem Bedauern darüber Ausdruck gab, nicht Daudet selbst erreicht zu haben, hat sich mit Mut und großer Schlagfertigkeit verantwortet. Noch mehr als dies mag aber auf die Geschworenen die Beweisführung der Verteidigung Eindruck gemacht haben, aus der hervorging, daß die Camelots du roi, die französischen Faschisten, in ihrer Agitation selber vor der schlimmsten Mordhetze nicht zurückschrecken. Diese Hetze hat 1914 zur Ermordung von Jean Jaurès geführt, und das Blatt Daudets, die „Action francaise", war das einzige in Frankreich, das den Ermordeten auch nach seinem Tode in der wüstesten Weise beschimpfte.

Indem die Geschworenen die Mörderin Plateaus freisprachen, sprachen sie ihr Verdammungsurteil über die französische Reaktion.

Vermischte Nachrichten.

Einbruch in eine Notgelddruckerei. Bei einem Einbruch am ersten Weihnachtsfeiertag in eine Notgelddruckerei in Berlin fielen den Einbrechern sechs Pakete mit Geldscheinen im Werte von insgesamt 120 400 Goldmark in die Hände.

Die Wolfsplage in Rußland. Das Gouvernement Smolensk in Westrußland ist derartig überschwemmt mit Wölfen, die in großen Rudeln umherziehen, daß die Behörden einen „Wolfskrieg" erklärt und alle Forstbeamten und privaten Jägervereine mobil gemacht haben. Der Schaden, den die Raubtiere anrichten, ist so groß, daß das Gouvernementsexekutivkomitee in einem Erlaß die Bekämpfung dieser Gefahr für die aktuellste Angelegenheit des ganzen Bezirks erklärt hat.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Kees Doorik.

Ein flämischer Sittenroman

von Georges Eekhoud.

22. Fortsetzung.

Nun wars vorbei.

Er stieß ihm das Messer in den Leib, zog es zurück und stieß es nochmals hinein. Er hatte zuvor die Kleider des Unglücklichen unter dem Gürtel entfernt, damit die Klinge durch nichts aufgehalten sein sollte. Beim ersten Stoß, den er in die Lenden erhielt, schrie der Unglückliche:

„O Kees! Tu das nicht! Hab Mitleid! O weh, Kees, Kees! . . ."

Kees hörte ihn nicht mehr. Er saß rittlings auf ihm und hatte ihn ganz in seiner Gewalt. Er drückte die Hüften Jürgens zusammen, wie wenn er auf einem Hengst säße. Mit der einen Hand hielt er seinen Feind an der Kehle fest, um ihn am Schreien zu verhindern, und mit der andern zermetzelte er ihm den Leib, indem er mit dem Messer dreinhieb, wie mit einer Wacke im Polder. Das Aechzen des Besiegten nahm schon ab. Damit er ganz verstummen sollte, stieß Kees ihm ein letztes Mal das Messer in den Nacken, wie man es beim Schlachten eines Schweines macht. Das Röcheln hörte nun auf. Ein Blutstrom quoll aus dem Munde des Ermordeten, die Glieder ließen nach und fingen an steif zu werden . . . .

Kees blieb einige Minuten über der verbluteten Masse hingestreckt, — dieser Masse, die einst der lustige Jürgen Faas gewesen war. Dann schüttelte er sich, wie nach einer ermüdenden Arbeit. Da sein Kittel ebenso vom Blut durchtränkt war wie der des Leichnams, zog er ihn aus und warf ihn über das bleiche Gesicht, dessen Augen ihn in der Dunkelheit noch hätten anstarren können.

Die elende Hülle ließ er da liegen; es überkam ihn ein Schrecken, und er lief in einem Zuge, und ohne sich umzudrehen, bis zum Weißhofe hin.

Der Spitz knurrte.

„Sei ruhig, Spitz, ich bins!" sagte Kees mit leiser Stimme. Der Hund kehrte in sein Häuschen zurück. Kees zog einen Eimer Wasser aus dem Brunnen und wusch sich flüchtig das Gesicht und die Hände. Zwischen seinen klappernden Zähnen trällerte er vor sich hin:

„Wir kommen aus der Mördergrube, hu hu! Hört ihr, wie das Tierchen schreit!"

Die Scheuertür stand offen. „Ein schöner Knecht!" murmelte er, indem er an den Ermordeten dachte. Er ließ sich wie leblos auf das duftende Heu fallen und schlief bald wie ein Murmeltier.

Der Hahn krähte bereits, und hinter der Mühle Zander Vlogels, nach Eeckeren zu, zeigte sich unten am Horizont ein langer rosafarbener Streifen wie mit Silberfäden durchwirkt, und man konnte erwarten, daß bald die rote Scheibe der Sonne erschiene.

IV.

Die Meisterin Annemie, ganz ermüdet von der anstrengenden Polka vom vorhergehenden Abend, hatte wie ein Klotz geschlafen und stand erst auf, als es schon heller Tag war. Als sie durch den Hof, die Scheune und den Stall ging, war sie verwundert, daß sie Jürgen Faas nicht bemerkte.

„Ho, he! träger Rik!" rief sie mehrmals. Sie stieg die Leiter hinauf, die zum Hängeboden führte, wo Jürgen schlafen sollte.

„Jürrie, Jürgen!" rief sie mitten auf der Leiter, während ein instinktiver Zweifel sie anhielt. Da sie noch keine Antwort erhielt, stieg sie weiter hinauf.

„Er hat zuviel getrunken!" dachte sie. „Nun je, heute wird mal wieder nichts aus der Arbeit."

Oben angelangt, hob sie die Falltüre auf, streckte den Kopf hinein und rief nochmals.

Das leere Bett war nicht einmal aufgedeckt. Die Kleider des Gänsereiters lagen ringsumher.

„Wo mag der wohl geschlafen haben?" fragte sich die junge Frau gekränkt und unruhig. „Am Rande eines Grabens oder unter einem Tische in der „Krähe"?"

Sie stieg wieder hinunter, und als sie sich umdrehte, war es ihr, als erhielte sie einen heftigen Schlag auf die Brust.

Vor ihr stand Kees Doorik in Hemdärmeln, mit zerrissener Hose, geronnenem Blut in den Haaren und von blutigen Schrammen durchzogenem Gesichte. Mit gekreuzten Armen stand er da und blickte sie an. Es war für ihn ein Genuß, sie so bestürzt zu sehen.

„Sie werden den aus dem Polder nicht mehr wiedersehen," war das einzige, was er zu ihr sagte.

Sie hielt die Hand ans Herz und verhüllte sich das Gesicht mit ihrer blauen Schürze. Sie war der Ohnmacht nahe bei dem Gedanken an die schreckliche Tat, die sie jetzt ahnte, aber sie wagte es nicht, ein Wort zu dem Mörder zu sagen.

Inzwischen erhob sich ein verworrener Lärm von Stimmen in der Ebene. In allen Ecken des Dorfes wurde es lebendig. Von Tür zu Tür flog die Nachricht, und alle machten sich auf die Beine. Janneke, der nach Stabroeck geschickt worden war, kam in einem Atem zurückgelaufen, um der Witwe Cramp das Geschehene zuerst erzählen zu können.

Sobald man seine Stimme nur vernehmen konnte, schrie er, schon fast außer Atem:

„Tante, Tante, man hat unsern Jürgen kaputt gemacht. Er lag bei der Silberbirke, auf dem Felde von Rob Maes."

Er lief ins Haus, nach Annemie suchend, während er noch immer fortfuhr zu plärren:

„Die Leute glauben, daß es Kees gewesen ist . . . Der Vagabund hat heute nacht nicht beim Bürgermeister geschlafen. Er ist um drei Uhr mit unserm Jürrie aus der „Krähe" fortgegangen . . . Rik Dras hat sie gerufen, und er ist ihnen nachgegangen, aber sie waren nicht zu finden . . ."

Er lief in den Stall hinein, aber als er Kees erblickte, blieb er plötzlich stehen, teils vor Schrecken, teils vor Freude, da er seinen Augen fast nicht traute.

„Nun ja, was willst du, Ungeziefer? Ja, ich bins, Kees Doorik . . ."

Janneke hatte sich schnell wieder gefaßt, er ging bis zum Karrentor zurück, und indem er die Hände vor den Mund hielt, rief er:

„He, ihr Männer, herbei! . . . Hier ist er . . . Haltet ihn fest, den Mörder! . . ."

Da die Männer nicht schnell genug herbeikamen, schwenkte er mit den Armen. Es waren vier Gänsereiter aus der Nachbarschaft, die herbeigelaufen kamen: Huib Coryn, Manus aus dem Hause des Bürgermeisters, Chiel Dhaenens und Hein Vlogel, der Sohn des Müllers. Auch diese hatten ihren Rausch kaum ausgeschlafen, und der tragische Lärm hatte sie beim Aufstehen überrascht.

Sie traten an Kees heran. Janneke, durch diese Verstärkung beruhigt, wagte es, ihnen zu folgen.

„Der wird sie nicht heiraten . . . Sie wird niemand mehr gehören!" murmelte Kees vor sich hin, während er nicht einmal daran dachte, zu entfliehen oder sich zu widersetzen.

Der Feldhüter Mile Pomp, der durch den Genever schon berauscht war, kam ebenfalls herbei, und hinter ihm der Bürgermeister, der dicke Flüp Sap, der trotz alledem noch immer heiter aussah. Die beiden diskutierten über die Frage, wohin sie den Verbrecher führen sollten, bis die Gendarmerie und der Gerichtshof ankämen. Der Feldhüter bemerkte, es sei leichter, im Gemeindehause das Protokoll aufzusetzen.

„Aber, aber . . . wer hätte das von diesem Jungen gedacht!" seufzte Flüp, nach Atem schnappend. „Meine Tochter hat fast den Kopf verloren, als sie das hörte . . ."

Inzwischen war die Menge zur Scheune hereingekommen; die Kinder aus dem Dorf stürmten in den Stall. Man drängte sich, um dieses Ungeheuer von Kees zu sehen, das ihnen ebensoviel Neugierde als Schrecken einflößte.

(Schluß folgt.)

Amtlicher Teil

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Auf Grund des § 105 e der Gewerbeordnung wird am Sonntag, dem 30. Dezember ds. Js. der Verkauf von Neujahrs- und Silvesterartikeln in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags freigegeben. 9981

Lübeck, den 28. 12. 25. **Das Polizeiamt.**

Wakenitz.

Das Eis auf der Wakenitz zwischen der Badeanstalt „Fallendamm" bis zur Höhe der Straße „Reiherstieg" darf bis auf weiteres betreten werden. Die freigegebene Eisfläche ist durch Stangen mit Strohumwicklung gekennzeichnet. Um die Badeanstalten wird eine Wasserrinne offengehalten. Die Grenze dieser Rinne ist durch Eisblöcke bezeichnet. (9977

Das Polizeiamt.

Nichtamtlicher Teil

Nachruf!

Am ersten Weihnachtsfeiertage wurde

Herr Dr. med. Lorenz

nach kurzer Krankheit plötzlich aus dem irdischen Dasein abgerufen.

Seit mehr als 25 Jahren war der Entschlafene als Anstaltsarzt bei der Armenbehörde tätig. Er hat während dieser langen Zeit in nie ermüdender Tätigkeit seine Kenntnisse und sein Wissen in den Dienst der Menschheit gestellt. Unter Zurücksetzung des eigenen Ichs hat er sich in aufopfernder Weise der Armen und Kranken angenommen. Sein liebenswertes Wesen und sein lauterer Charakter verschafften ihm das volle Vertrauen seiner Patienten und ermöglichten ihm die Entfaltung einer segensreichen Wirksamkeit.

Die Armenbehörde und mit ihr die Beamten und Angestellten verlieren in dem Verstorbenen sowohl als Arzt wie auch als Menschen eine Persönlichkeit, deren Verlust sie herzlich bedauern. Sein Andenken wird von allen stets hoch in Ehren gehalten werden. (9974

Die Armenbehörde.

Zirka 6000 Zentner

trockene Braunkohlen

(im Schuppen lagernd)

ab Lager und frei Waggon pro Zentner

90 Pfg.

Perltofs pro Zentner **1.— Mk.**

Briketts, Koks, Steinkohlen und Holz

werden prompt geliefert.

Heinrich Boye

Lindenstr. 17a. Fernspr. 913. 9958

Zu

Silvester

empfehle meine

reichhaltige Auswahl in

Edel-Likören

renommierter Häuser, als:
Rückforth, Norlik, Sinner, Laubner & Mechsll, Woldemar Schmidt und anderen, ferner:

Rot-, Rhein-, Mosel-, Südweine, Malzwein, Schwedenpunsch.

Spirituosen

als:
Rum, Weinbrand, Arrak, Doppel-Kümmel, Tafel-Aquavit, Steinhäger, „Urkönig", reinen Kornkümmel, Whisky, Rum- und Glühpunsch, Obstsekt, Apfelwein
9971) zu herabgesetzten Preisen.

Bitte Schaufenster zu beachten!

Ernst Voss

Fernsprecher 416. Gr. Burgstr. 59.

Achtung Raucher!

Tabak billig

ff. dunkler Shag 50 Gramm 25 Pfg. | Kautabak 2 Schleifen 18 Pfg.
ständig zu haben (9978

Ernst Burmeister,

Zigarren-Spezial-Geschäft

Untertrave 70. Fernsprecher 8191.

Wie ein Wunder auf die Haut

wirkt die duftreiche Steen's Glycerin-Milch Seife

Zu haben in Apotheken, Drogerien und Parfümerien. 9957

Ehlers & Reetwisch

Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.

Herren- und Knaben-Garderoben, eleg. Damenmäntel, Kleiderstoffe, Bettinlett, Lodenjoppen, Aussteuer, starke und elegante Schuhwaren, Schaftstiefel, Pantoffel usw. (9976

Das reelle Einkaufshaus für Arbeiter und Handwerker.

Stadthallen-Lichtspiele

Mühlenbrücke 13. Tel. 8749.

Heute und folgende Tage:

Henny Porten

als „Inge Larsen"

in dem gleichnamigen, entzückenden 5aktigen Drama.

Charlie Chaplin backt mit Dynamit

Groteske in 2 Akten. (9973

Sommer, Sonne u. Studenten

reizendes Lustspiel in 4 Akten

mit Pat u. Patachon.

Auf unsere hervorragende Hauskapelle unter Leitung unseres Kapellmeisters Franz Gödel weisen wir besonders hin.

Zu den Feiertagen

empfehle das bekannte

Spezialbier der Aktienbrauerei

in 5- und 10-Liter-

Syphons.

Versand nach allen Stadtteilen zu jeder Tageszeit.

Carl Lender, Hundestr. 52. 9968

Fernsprecher 1071.

Gesucht ein

Küchenmädchen

zum 1. Januar gegen hohes Gehalt.

Hotel Weidenhegger,

Obertrave 5. (9982

Jung. Mädchen, 15 Jahre alt, das bis Ostern die Handelsschule bei., sucht Stellung als Kontoristin. Ang. u. G 549 a. d. E. (9966

Ein einf. Logis zu verm. 9980) Reiferstr. 2 a.

Bautechniker sucht zum 1. Januar ein möbliert. Zimmer. Ang. m. Pr. u. G 550 a. d. E. (9967

Wachsamer Dackel und 2 junge zu verk. (9972 Wolf, Kottwitzstr. 8, II.

Kleinen **Hartkohlen** klein gespaltenes **Tannenholz** empfiehlt (9965

J. Wiegers

Fernsprecher 277

Balauerfohr 28—28.

Jam.-Rum.-Versch.

40% Flasche 2.50 M
Weinbr.-Pschn. Fl. 2.95
Dopp.-Kümmel Fl. 2.40
Monopol-Aquavit 40% Flasche 3.25
Arrak-Versch. Fl. 3.60
Whisky „Old Boy" Flasche 4.50
Pfefferminze ℔ 60, 80 ₰
Feigen ℔ 48, 80 ₰
Ia. gebr. Kaffee ℔ 2.10
Reiner Kakao ℔ 1.35
Ia. Weizenmehl 5 ℔ 75 ₰
Ia. Weizenmehl 5 ℔ 95 ₰
Diamantmehl (9975
5-℔-Beutel 1.25
Zucker 10 Pfd. 4.40

Friedrich Trosiener

Mühlenstr. 87.

Verlobungsringe

Armbanduhren empf.

Willi Westphling

32 Hüxterstr. 32

Ia. Speisekartoffeln empfiehlt (9964

J. Wiegers

Fernsprecher 277

Balauerfohr 28—28.

D.R.P. Ohne Lötfuge

H. Schultz

Juwelier

Johannisstr. 20

Trauringe

333 G.-M., 585 10 G.-M.
Uhrgläser 30, Federn 1.50
(9962)

Stadthallen-Restaurant

Täglich

von 12—2 Uhr:

Guter bürgerlicher Mittagstisch

ab 6 Uhr: (9960

Speisen v. d. Pfanne.

Reichhaltige Speisekarte.

Cort Hanschen.

FELLE

Rind- Kalb- Schaf- Ziegen- | Reh- Hasen- Kanin- Katzen-

kom. alle anderen Felle u.

HAARE

kaufen höchstzahlend

Gebr. Wagner

Dankwartsgrube 26, Hollenstraße 8. (9956

Fernsprecher 3414.

Kaiser- und A.K.W.-Briketts

verkaufe ab Lager und frei Haus.

W. Schwarz

Maiblumenstraße

9952) Fernruf 8315.

Metallbetten.

Stahlmatr., Kinderbett.) bis. n. Priv., Kat. 48 U frei, 9726) Franzosenstraße 14 III.

Oeffentliche

Versammlungen

finden 9970

Sonnabend, d. 29. Dez.,

abends 7½ Uhr

in folgenden Orten statt:

Kronsforde: Gasthof zur Linde.
Kurau: bei Stuve.
Niendorf: bei Behrens.

Sonntag, d. 30. Dez.,

nachm. 3 Uhr,

Tramm, Utecht, Schattin, Gr. Schretstaken, Behlendorf, Sierksrade, Nusse, Krummesse, Wulfsdorf u. Travemünde

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Der Volksentscheid.

Redner: H. John, E. Knapp, Dr. Pieth, R. Göhr, E. Frost, H. Puls, G. Reisberger, A. Warnke, O. Passarge, Dr. Leber, K. Meidel, A. Dreger, E. Heuer.

Der Wahlausschuß der sozialdem. Partei.

Nur im Biophon

Das große Erst-Aufführungsprogramm!

Der Riesen-Abenteurer-Sittenfilm in 5 Akten

Das Gespensterschloß.

In den Hauptrollen Emma Debner, K. Römer, Fred Göbel. 9963

Großer amerikanischer Sensationsfilm in 6 Akten

Die Todeskarte.

Die Geschichte eines Attentats, die Sie mit atemloser Spannung verfolgen werden.

Die Hauptdarstellerin Lon Chaney.

Eine Einlage.

Fledermaus

Die bekannte

Silvesterfeier.

Das große Dezember-Programm.

Ueberraschungen. — Tanz.

9958

Anfang 8.30 Uhr.

Eintritt inkl. Steuer 4 Mk.

Tischbestellungen Bureau Breite Str. 47, I.

Hansa-Theater.

Freitag und Sonnabend 7½ Uhr: (9969

Die beiden letzten Aufführungen

Die geschiedene Frau.

Sonntag, 7½ Uhr:

Auf vielseitigen Wunsch

Das Schwarzwaldmädel.

Operette in 3 Akten von Jessel.

Nachmittags 3 Uhr:

Kinder-Vorstellung

zu ganz kleinen Preisen

Zum letzten Male:

Dornröschen.

Montag (Silvester):

Das Schwarzwaldmädel.

Café Bernhardt

Fackenburger Allee 9.

Täglich nachm. 9785) u. abds.: Konzert

Stadttheater Lübeck.

Sonnabend, 7,30 Uhr: Gastspiel von Elsa Buchholz (9966 Der Waffenschmied. Gutscheine haben keine Gültigkeit.

Sonntag, 3 Uhr: Das gewandelte Teufelchen.

7½ Uhr: Der Mann im Mond.

Montag (Silvester), 7 U. Gastspiel von Elsa Buchholz Die Fledermaus.

Gas cbm 230 Milliarden, Lichtstrom 550, Kraftstrom 300, Wasser cbm 130/260, heizbare Räume mit Leitung 195, ohne Leitung 65 Milliarden. (996

Lübecker Volksbote

Beilage. Freitag, 28. Dezember 1923. Nummer 296.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 28. Dezember.

Wehre dich!

Das Unternehmertum wird von Tag zu Tag kühner, der Druck auf die unteren Volksschichten verschärft sich immer mehr.

Die Reaktion will ihre Absicht, den unteren Volksschichten allein die gesamten Kosten für den verlorenen Krieg aufzubürden, restlos und rücksichtslos durchführen.

Aus diesem Grunde sollen den Arbeitern, Angestellten und Beamten indirekte Steuern, niedrige Löhne und hohe Preise aufgehalst werden. Die durch die Wirtschaftskrise geschwächte Arbeiterschaft soll völlig auf die Knie gezwungen werden.

Laßt euch nicht entmutigen! Noch ist der Kampf nicht zu Ende. Wehrt euch gegen die Erdrosselungsgelüste der Reaktion! Stärkt und unterstützt die Arbeiterorganisationen. Stärkt die Kampfmittel des Proletariats. Tretet der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei bei! Lest den Lübecker Volksboten!

Gerade in dieser Zeit braucht jeder eine über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gut unterrichtete Tageszeitung. Die bürgerliche Presse steht im Solde des Unternehmertums. Durch ihre gegen die Arbeiterschaft gerichteten Hetz- und Verleumdungsartikel trägt sie dazu bei, in der Arbeiterschaft Verwirrung anzurichten, in der Absicht, diese Verwirrung im Interesse des Kapitals auszunutzen!

Diesen Zuständen muß ein Ende bereitet werden. Die Wahrheit muß siegen! Mit den Verdrehungs- und Verleumdungskunststückchen muß endlich aufgeräumt werden.

Nur wer verzagt, ist verloren. Wenn das Proletariat für seine Ideen unbeirrt weiter arbeitet, wirbt und kämpft, dann ist unser der Sieg, trotz alledem!

Silvesterball. Wie alljährlich und trotz der schweren Zeit ladet der Festausschuß des Sozialdemokratischen Vereins am Silvesterabend die Parteigenossenschaft und Freunde nach dem Gewerkschaftshause. Bei guter Ballmusik und fröhlichem Tanze wollen wir Abschied nehmen von dem alten Jahre mit all dem Schweren, das es uns gebracht hat. Mit frohem Mute und ungebrochenem Kampfeswillen soll uns der Neujahrmorgen beisammen finden. Parteigenossinnen, Genossen und Freunde der Arbeiter, kommt alle!

Finnische Spende für Lübecker Taubstumme. Die Taubstummenschule, Glockengießerstraße 33, empfing durch Vermittlung des Herrn Hemgo Nyborg von dem Taubstummen-Verein zu Helsingfors Lebensmittelpakete, mit welchen in erster Linie die erwerbslosen und kinderreichen Taubstummen-Familien bedacht wurden. Der Leiter der hiesigen Taubstummenschule, Herr G. Schmidt, hat den finnischen Brüdern für die unerwartete Weihnachtsspende den Dank übermittelt.

Lübecker Jahrbuch 1924. Herausgegeben im Auftrage der Vereinigung für volkstümliche Kunst von Prof. P. Brockhaus. So gar volkstümlich muten die expressionistischen Kohlestrichzeichnungen Asmus Jessens, des bildlichen Ausgestalters dieses Jahrbuches gerade nicht an. Die Ausdrucksformen des Künstlers lösen eine Dissonanz aus zwischen Althergebrachtem und Neuem, obwohl dieses Neue kräftig betont ist, und seine Eigenart positiv aufdrängt. Aber bei längerem und wiederholtem Beschauen kommt der Besinnliche Jessens Schaffen doch näher und aus dem scheinbar wild Aufgetragenen (Titelblatt und Kalendarium) erwächst wohlstilisierte, künstlerische Gestaltungskraft. Von den Lithographien besonders markant betont sind der Giebel des Heiligen-Geist-Hospitals, das Rathaus, Rumpfausschnitt des Marienkirchturms und die wundervollen Strebepfeiler. Unter den literarischen Beiträgen gibt Franz Fromme mit dem 2. Aufzug des plattdeutschen Spiels: „Jürgen Wullenwever un Marks Meyer" ein recht plastisches Bild aus Lübecks vergangener Patrizierherrlichkeit. Es wäre nur zu wünschen, daß der Text des ganzen Spiels veröffentlicht würde. Nach Helmolds Slavenchronik wurde der Lebenslauf des Bischofs Vizelin beschrieben, der im 12. Jahrhundert im weiteren Umkreis von Lübeck für das Christentum wirkte. U. a. erzählt Otto Anthes eine lustige lübsche Gespensteraeschichte, J. Warncke berichtet über das Lübecker Volks- und Erinnerungsfest, allwo es in früheren Zeiten sogar vorgekommen sein soll, „daß manche vornehme Dame die Hand einem Mann aus dem Volke zum Tanze reiche," und die „Senatoren mit dem Festzug auszogen". Im nächsten Jahr wird das Jahrbuch sogar berichten können, daß Senatoren Wahlreden gehalten haben. So ändern sich die Zeiten! Mit dieser Umgestaltung hadert der deutschvölkische Romanschreiber Georg Kleibömer, der den heutigen Deutschen die „Volklichkeit" abspricht und von germanischen Sonnwendfesten der Zukunft träumt. Der Rhythmus des Maifestzuges der Arbeit klingt in Kleibömers Ohren nicht deutsch genug. Nachdem er seine völkische Seele vor einigen Jahren in einem „nationalsozialen" Bekenntnisroman offenbarte, können wir den Schmerz verstehen. Die gleichen Saiten, nur noch etwas verdrehter, stimmt Jürgen Uhde mit seiner gruseligen Geschichte „Baum und Menschen" an. Dieser Literat bringt es fertig, den Schwabenstreich des Geniner Kirchenvorstandes, den kürzlich der Lübecker Denkmalrat geißelte, der Revolution in die Schuhe zu schieben. Derartige Perlen geistigen Schaffens machen uns das vorzugsweise für „gebildete Stände" herausgegebene Jahrbuch natürlich nicht empfehlenswerter. Der vergiftende Beigeschmack trägt auch nicht zur Volkstümlichkeit bei. Es sind auch noch andere Beiträge in dem Jahrbuch enthalten, die das ersterbende Alte betrauern und mystisch verklärend dessen Neuerstehen erflehen. Der an dem Werke literarisch interessierte Kreis wird weitere Wellen kaum werfen. Verlegt ist das Lübecker Jahrbuch bei H. G. Rahtgens. Der Verleger hat für die technische Ausgestaltung des Werkes alle Sorgfalt aufgewandt. h.

Der Lebenshaltungsindex.

Geringe Abnahme.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Sonnabend, 22. Dezember, den wegen der Feiertage an Stelle des Montag gewählten Erhebungstag, auf das 1150milliardenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber dem 17. Dezember (1163 Milliarden) ist demnach eine Abnahme von 1,1 v. H. zu verzeichnen.

Deine Stimme laute Ja!

Die geistigen Waffen des Bürgertums! Arbeiter, laßt Euch nichts gefallen!

Immer häufiger laufen in den letzten Tagen Mitteilungen ein, daß bürgerliche Radauhelden Arbeiter überfallen. Selbstverständlich nur dann, wenn sie in sechsfacher Ueberzahl sind. Gestern schon wiesen wir auf den einen Fall hin, daß ein erwerbsloser junger Arbeiter deswegen belästigt wurde, weil er mit Dr. Leber verwechselt wurde. Nur durch Dazwischentreten seiner Frau entging er einer schweren Prügelei mit sechs „nationalen" Jünglingen. Ob an dieser Prügelei dann Dr. Leber auch schuld gewesen wäre?

Ein anderer Fall: Ein Arbeiter hört in einem Café, wie in furchtbarer Weise auf die Arbeiter und Dr. Leber geschimpft wird. Er stellt darauf die Frage: Kennt Ihr Dr. Leber? „Nein" war die Antwort. Dann gestattete er sich darauf hinzuweisen, daß man leicht auf die Arbeiter schimpfen könne, wenn man mit dickem Wanst im warmen Café sitze, ohne davon eine Ahnung zu haben, wie es einem Arbeiter zumute sei, der zu Weihnachten nicht einmal das Allernötigste kaufen könne. Nach dem Weggehen wurde er von den Helden verfolgt, überfallen und sehr übel zugerichtet.

In einem besseren Lokal wußte sich ein Sozialdemokrat am zweiten Weihnachtstage schamlosesten Belästigungen nur dadurch zu entziehen, daß er sich schleunigst durch eine Hintertür entfernte.

Wer ist also verhetzt? Wann und wo haben Arbeiter einen politischen Gegner belästigt. Was ist also an dem Geschrei wahr, daß der Volksbote die Arbeiter verhetzt habe. Aber die bürgerliche Jugend, die deutschnationalen Handlungsgehilfen sind so verhetzt und vergiftet, daß sie sich höchst wichtig vorkommen, wenn sie einen politischen Gegner oder gar einen Juden beleidigen können. Sind sie vielleicht auch vom Volksboten verhetzt? Wie?

Ueberhaupt ist das Thema: deutschnationaler Handlungsgehilfe eins der traurigsten der Gegenwart. Unsere Klassengenossen sind sie, genau so verhungert und mit Hungerlöhnen bedacht wie die Arbeiter selbst. Aber sinnlose Phrasen haben ihren Verstand so verdunkelt, daß sie bei jeder Gelegenheit gegen sich selbst wüten. Ihnen muß man wirklich vergeben, denn sie wissen nicht, was sie tun.

*

Ein anderer Beweis von der hervorragenden Geistigkeit des Lübecker Bürgertums. Die Schmäh- und Drohbriefe — anonym natürlich — gegen den Genossen Leber. Besonders das letzte Flugblatt und der „Wullenwever" scheinen den Haß der Herrensöhnchen hervorgerufen zu haben. Sie wurden uns mehrmals zurückgeschickt mit den unflätigsten Beschimpfungen, die wir unsern Lesern wenigstens teilweise mitteilen wollen:

„Leber ist ein Lump, er muß niedergeschossen werden. Man müßte ihn aus Lübeck hinausprügeln. Schlagt die Judensau tot. Er besäuft sich jeden Tag. Nur arbeiten will er nicht. Er ist ein Saumackes, ein französischer Spitzel. Er muß ebenso täglich die Knute haben, wie die Arbeiter, damit es wieder Ordnung gibt in Deutschland. Wer Leber totschießt, wird unser Nationalheld."

Etwas viel Ehre auf einmal. Nicht wahr? Und wenn wir ergänzend hinzufügen, daß selbst ein Pastor, ein Diener Christi also, seine Meinung dahin ausdrückte, daß derjenige ein gutes Werk tue, der Leber um die Ecke bringe, so ist der Blütenkranz der bürgerlichen Geister in Christo gewunden.

Arbeiter! Es ist in Eurer Republik weit gekommen. Wer ein ehrlicher Republikaner zu sein wagt, wer für das Proletariat zu kämpfen wagt, der ist tatsächlich vogelfrei, der ist seines Lebens heute nicht mehr sicher.

Sollen wir uns das dauernd so gefallen lassen? Niemals!

Arbeiter! Schafft Abhilfe! Die beste Antwort soll der 6. Januar sein. Sorgt für eine riesige Arbeitermehrheit beim Volksentscheid. Rüttelt alle Kollegen auf! Damit alle Proletarier und Proletarierinnen ihre Wahlpflicht erfüllen und Ja! wählen.

Beamte und Angestellte, Augen . . . rechts!

Heißer, immer heißer wird der Kampf um die Stimmen. Kaufmannschaft und Gewerbe nahmen Stellung und geben ihre Parolen aus. Und die Beamtenschaft?

Es wird Zeit, daß auch sie leidenschaftslos und sachlich Stellung nimmt zum Volksentscheid.

Wir kennen den Senat, den wir haben. Wir waren uns immer darüber einig, daß die Beamtenkommission dieses Senats versagt hat, daß wir ungeheure Mühe und Kosten aufwenden mußten, um unser gutes Recht zu behaupten. Kollegen, ich erinnere euch an den Kampf um die Ortsgruppe A und um die Sonderteuerungszulagen! Stets mußten wir erst große Protestversammlungen veranstalten, bevor der Senat sich unseren Wünschen gefügig zeigte, trotzdem das Recht auf unserer Seite war.

Das allertraurigste Kapitel bildet für die Lehrerschaft die Frage der Schulreform. Dank der Haltung des Senats konnte die Oberschulbehörde jahrelang alle Beschlüsse der Bürgerschaft sabotieren!

Was haben wir von den bürgerlichen Parteien, die das Kapital und nur dieses vertreten, das Wohl der Vaterstadt — der Gesamtheit der Bürger — aber beiseite schieben, zu erwarten? Denkt an die kürzliche Abstimmung in der Bürgerschaft. Nur eure Vertreter erhoben sich neben der gesamten Linken!

Es gibt eine große Linie, die trotz heute noch vorhandener politischer Gegensätze die gesamte Arbeitnehmerschaft einigt — die wirtschaftliche Not! Unser Ziel muß heute mehr als je die Verbesserung unserer Lage sein. Haben wir sie von rechts zu erwarten, von den Parteien, deren Wirtschaftler das Einkommen ihrer Angestellten, Beamten und Arbeiter nach Berliner Vorbild auch schleunigst abbauten? Hat die Stinnespartei nicht auch den Beamtenabbau gefordert? Ging nicht die Beamtenhetze von rechts aus?!

Und was steht in den letzten Tagen im Lübecker General-Anzeiger zu lesen? — Nichts als Klatsch und persönliche Anzapfungen. Weiter weiß das Blatt, das jetzt nur noch im Dienste der Deutschen „Volks"partei des Großkapitals zu stehen scheint, nichts vorzubringen. Kollegen, wir haben den Lübecker General-Anzeiger kennen gelernt! Mehr als einmal hat er der Beamtenschaft sein wahres Gesicht gezeigt und hinterher um Gnade gewinselt. Denkt an die vorletzte Versammlung in den Zentralhallen, als wir uns mit diesem Blatte beschäftigen mußten! Wir waren uns einig in seiner Verurteilung!

Ein Wort noch über die bürgerlichen Fraktionen der Bürgerschaft. Solange bei der Verteilung der Sitze das Geld eine Rolle spielt, wie es bei der letzten Wahl geschehen ist, werden wir niemals die uns zukommende Vertretung erhalten. Wie es mit der Unterstützung unserer Interessen aussieht, haben wir oben schon gesehen.

Kollegen, auch politische Gegner haben mir stets eins zugegeben, daß ich ohne Ansehen der eigenen Partei stets die Rechte der gewerkschaftlich denkenden Beamtenschaft verteidigt habe und nach bestem Wissen und Willen für unsere Gewerkschaft, den L. B. B., gekämpft habe. Ich tue es auch heute!

Laßt euch nicht von Leidenschaft und Parteipolitik leiten. Kühle Verstandespolitik sei ausschlaggebend!

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus kann es im Augenblick für uns nur eine Parole geben: **Angestellte und Beamte, die Augen . . . links! Soll der Senat fort? — Ja!**

Ernst Schermer.

Offene Antwort
an Herrn Rechtsanwalt Hans Ewers.

Vorsitzender der Bürgerschaftsfraktion
der Deutschen Volkspartei.

Sehr geehrter Herr Ewers!

Sie sind der Meinung, daß mit dem Bilde meiner Gesamtpersönlichkeit, die unter meiner Verantwortung betriebene Politik der Fraktion und Partei nicht zusammenzureimen ist. Ja, wer verlangt denn von Ihnen, daß Sie diese Dinge zusammenreimen sollen? Von mir würden Sie jedenfalls einen solchen Auftrag nie bekommen, weil ich bei Ihrer politischen Einstellung nicht die nötige Sachlichkeit voraussetze, die notwendig ist, um diese Dinge vom Standpunkt der Arbeiterschaft richtig zu beurteilen. Ich bin mir über die Folgen meines Handelns keinen Augenblick im Zweifel gewesen und trage diese Verantwortung meiner Partei und der Arbeiterschaft gegenüber voll und ganz. Auch darüber war ich nie im Zweifel, daß ich durch meine Frontveränderung ein Scherbengericht gegen mich heraufbeschwören würde. Daß Sie bei diesem Gericht mit einem ganzen Haufen Scherben vertreten sind, kann mich nur ehren. Auch die Scherbenrichter aus mir nahestehenden politischen Richtungen werde ich zu ertragen wissen. Ohne auch nur mit einem einzigen Beweise zu dienen, behaupten Sie, ich hätte in den letzten Zeitläufen eine schwankende Rolle eingenommen und außerdem wagen Sie, an meinem ehrlichen Willen zu zweifeln. Wenn ich Ihnen an dieser Stelle hierauf die gebührende Antwort erteile, stehen wir beide vor dem Richter und meine Verurteilung wegen formaler Beleidigung ist sicher. Auf Herz und Nieren, Herr Rechtsanwalt Ewers, wo und wann habe ich geschwankt? und weshalb sollte ich auch schwanken? Glauben Sie denn wirklich, unsere Sache steht so schlecht, nur weil Sie und ihr Gefolge es sich bis zum Ueberfluß einreden? O nein, so liegen die Dinge nicht! Die Zeit wird lehren, wem die Füße wackeln werden und ich fürchte, daß viele Ihrer „politisch Denkenden" hinterher sehr an Unklarheit leiden werden. Ein Uebel, vor dem Sie sich auch sehr hüten sollten, man kann nämlich in diesen Dingen nicht vorsichtig genug sein.

Etwas überrascht bin ich darüber, daß es Ihnen noch immer nicht gelungen ist zu begreifen, daß Sie nach Dingen suchen, die es überhaupt nicht gibt. Oder glauben Sie wirklich, daß es so viele Beredsamkeit gibt, einer bürgerlichen Partei verständlich zu machen, daß eine bürgerliche Regierung verschwinden muß? Und wenn ich mit Engelszungen stundenlang alle Register der Beredsamkeit hätte spielen lassen, nie hätten Sie und Ihre bürgerlichen Freunde unsere Gründe anerkannt. Vielleicht lesen Sie aber zukünftig die Parlamentsberichte etwas aufmerksamer. Dann werden Sie sehr bald finden, daß es eine fixe Idee ist zu glauben, daß es allgemein üblich sei — die Vertrauensanträge so zu begründen, daß auch der Gegner ihnen zustimmen kann.

Daß ich bei der zweiten Lesung der lauschenden Oeffentlichkeit verraten haben soll, wie man unter Parteigenossen Senatssitze verteile, stimmt doch wohl nicht ganz, verehrter Herr Rechtsanwalt. Ich habe eine persönliche Anzapfung des Führers der demokratischen Fraktion in gebührender Weise zurückgewiesen. Die in der Oeffentlichkeit im Umlauf befindlichen Dinge, von denen Sie schreiben, interessieren hier doch wirklich nicht. Man weiß doch, daß Lübeck es trotz seiner Hundertundzwanzigtausend in diesen Dingen mit jeder Kleinstadt aufnimmt. Neu allerdings ist es mir, da auch Sie dieser Kleinstadtzunft ihren Tribut zollen.

Sie sehen, wie Sie schreiben, meiner offenen Antwort mit Interesse entgegen und erlauben sich hierbei die Bitte, diese Antwort nicht meinem Parteifreund, dem „unliebsamen" Dr. Leber, zu überlassen; dessen Jargon und Tonfall, wie Sie wissen wollen, auch mir nicht behagen soll. Auch beschwören Sie mich, wenigstens einmal Mannes genug zu sein. Ich werde es versuchen. Daß ich es Ihnen an Frechheit nicht gleich tun kann, liegt wohl daran, daß ich andere wichtigere Dinge nachzuholen hatte, die mir die Volksschule — für die Ihre politische Richtung die Verantwortung zu tragen hat — nicht gegeben hat. Die hohen Schulen, denen Sie ihr Wissen verdanken, boten wohl eine bessere Möglichkeit, sich derartige Ungezogenheiten in so ausgiebiger Weise anzueignen. Und allem Anschein nach haben Sie auf diesem Gebiet auch noch doppelt zugelangt. Ich kenne auf diese Handlungsweise nur eine Antwort; aber an dieser Stelle kann ich sie Ihnen nicht geben. Sie haben recht, ich hatte früher manchesmal an dem Tone Dr. Lebers etwas auszusetzen; aber heute weiß ich, daß dieser Ton direkt wohltuend wirkt gegen all den Schmutz, der sich im „Aufbau" auftut, und wenn Sie sich die eigene Schreibweise einmal darauf ansehen wollen, ob Ideen und Gedanken darin enthalten sind, so werden Sie von diesen Dingen sehr, sehr wenig finden. Das war auch wohl nicht beabsichtigt in Ihrem „freundlichen" Schreiben. Man kennt die Weise, man kennt den Text. Der Zweck heiligt die Mittel. Echte Volkspartei!

Die Rechtfertigung der sich unter meiner Führerschaft vollziehenden Politik lassen Sie nur meine Sorge sein. Kümmern Sie sich nur um Ihre eigene stützungsbedürftige Gefolgschaft. Den hierzu nötigen breiten Rücken hat Ihnen ein gütiges Geschick ja in weiser Voraussicht nicht versagt. Schwer genug wird die Bürde allerdings sein, wackelig genug wird es gehen, aber am 6. Januar wird der Spuk ja auch vorbei sein. Trotz Aufgebot aller angehenden Hochschulintelligenzen. Trotz „Aufbau" mit dem Klingelbeutel (pro Nase 500 Goldmark, wenn's geht möglichst mehr) wird Lübecks Proletariat dafür sorgen, daß Sie sich am 6. Januar die Bescheerung ansehen können, aber bitte, nur von draußen.

Gleichfalls mit ganz vorzüglicher Hochachtung

A. Haut.

Schneestürme und Verkehrsstörungen.

Der Eisenbahnverkehr innerhalb des ganzen Reiches hat in diesen Tagen unter außerordentlich großen Störungen zu leiden, wie sie in den letzten Jahren kaum je zu verzeichnen waren. Selbst die Hauptstrecken, die stark befahren sind, liegen zum Teil unter so starken Schneewehen, daß die Aufräumungsarbeiten, die schon am Morgen des ersten Feiertages einsetzten und die überall mit starken Kräften durchgeführt werden, noch keinen Wandel zu schaffen vermochten. Besonders hinderlich ist die starke Kälte, die den Schnee in den Weichen und Signaleinrichtungen zu einer Eiskruste hatte erstarren lassen. Selbst auf den Hauptlinien, wie z. B. Hannover-Berlin, Altona und Halle, ist der Zugverkehr nur unter großen Schwierigkeiten möglich. Verspätungen von vier bis sechs Stunden waren in beiden Richtungen während der Weihnachtsfeiertage unvermeidlich, und auch die Nachtschnellzüge sind mit ähnlichen Verspätungen überall eingetroffen. Besonders empfindlich ist der gesamte Verkehr durch Störungen im Bahntelegraphennetz behindert. Durch den ungeheuren Schneefall sind die Leitungen oft auf viele Kilometer zerrissen, die Masten umgestürzt und es wird einer Arbeit von mehreren Tagen bedürfen, um hier wieder einen ordnungsmäßigen Betrieb einrichten zu können. Durch den Ausfall der telephonischen und telegraphischen Verständigungsmöglichkeiten mußten sämtliche Züge zum Teil durch Meldezettel abgefertigt werden und verloren bei den so notwendig werdenden Aufenthalten auf den Stationen oft 20 bis 30 Minuten.

Auch der Fernsprechverkehr im Reich hat durch die Schneestürme erheblich gelitten. Besonders nach dem Osten sind eine Anzahl Linien schwer beschädigt, und nach dem Riesengebirge war die Verbindung nur auf großen Umwegen möglich. Aber auch im Schwarzwald und am Bodensee, ebenso wie an der Küste sind schwere Störungen gemeldet, deren Behebung einige Tage in Anspruch nehmen wird.

Im Mecklenburgischen gab es verschiedene Zugstockungen. So blieb der von Rostock kommende Zug zwischen Schwaan und Bützow stecken. Der Zug Wismar—Rostock kam nur bis Doberan. Auf der Rückfahrt hatte in der Gegend von Parkentin eine Neuverwehung des Schnees stattgefunden. Einige Axen setzten aus. Es wurde von Rostock ein Hilfszug entsandt, der alles wieder ins rechte Gleise brachte. Der Zug in Richtung Güstrow kam durch. Der Gegenzug blieb aber zunächst in Lüssow stecken. Der Zug von Tribsees kam über die Gegend von Gr.-Lüsewitz nicht mehr fort und mußte mittels Schneepfluges befreit werden. Der Zug nach Laage setzte sich bei Plaaz fest. Der Zug von Laage erlitt bei Kavelstorf langen Aufenthalt. Zwischen Doberan und Wismar mußte mit Schneepflügen von beiden Seiten angestrengt gearbeitet werden.

Auf der Eisenbahnstrecke westlich von Arlberg—Bludenz ist infolge von Lawinenstürzen und Schneeverwehungen der gesamte Eisenbahnverkehr eingestellt worden. Der Schnellzugverkehr nach der Schweiz wird über München—Lindau geleitet. Auch auf zahlreichen Gebirgsstrecken des österreichischen Eisenbahnnetzes, in Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg sind verschiedene Seitenlinien und Teilstrecken der Hauptlinien dem Verkehr entzogen.

In Schottland wütet ein schwerer Schneesturm. Mehrere Eisenbahnlinien waren genötigt, den Verkehr einzustellen.

Mieterhöhung zum 1. Januar.

Das Einigungsamt schreibt: Mit dem 1. Januar 1924 tritt wieder eine Erhöhung der gesetzlichen Miete in Kraft. Die Verordnung hat die umständliche Berechnung nach Hundertsätzen der Grundmiete fallen gelassen. Die gesetzliche Miete errechnet sich jetzt ohne weiteres in Hundertsätzen der Friedensmiete, vervielfältigt mit dem Goldmarkkurs des Zahlungstages. Es sind vom 1. Januar 1924 an zu zahlen:

2 Proz. der Friedensmiete für Verwaltungskosten und ähnliche Unkosten, 14 Proz. der Friedensmiete für laufende Instandsetzungskosten, 4 Proz. der Friedensmiete für große Instandsetzungskosten, insgesamt **20 Proz. der Friedensmiete in Gold.**

Dazu tritt wie bisher der Anteil des Mieters an den öffentlichen Abgaben und Feuerversicherungsbeiträgen. Bei gewerblichen Räumen tritt ein Sonderzuschlag von 0,14—1,4 Proz. der Friedensmiete je nach der Leistungsfähigkeit des Mieters hinzu. Bei Räumen, die nicht der Gewerbesteuer unterliegen, höchstens 0,7 Proz. der Friedensmiete. Die alte Grundmiete und der frühere Zuschlag für Zinserhöhung kommen in Fortfall, sie gelten als mit dem Zuschlag für Verwaltungskosten mit abgegolten. Eine Wohnung z. B., die am 1. Juli 1914 300 Mk. kostete, kostet ab 1. Januar 1924 20 Proz. dieses Betrages in Gold, d. h. also für das Vierteljahr 15 Goldmark, für den Monat 5 Goldmark. Dazu kommt der Anteil an den öffentlichen Abgaben und Feuerversicherungsbeiträgen. Handelt es sich nicht um eine Wohnung, sondern um einen gutgehenden Laden in bester Geschäftslage mit einer Friedensmiete von 1200 Mk., so beträgt die neue Vierteljahresmiete 60 Goldmark, die Monatsmiete 20 Goldmark. Dazu treten noch die Abgaben usw. sowie der gewerbliche Zuschlag von 4,20 Mk. im Vierteljahr bezw. 1,40 Mk. im Monat.

Neue Bestimmungen für Kleingärten. Der Senat hat die Ausführungsbestimmungen zur Kleingarten- und Kleinpacht landordnung geändert. Für die Festsetzung der Pachtpreise für Kleingärten bleibt nach wie vor die Finanzbehörde, Abt. für Stadtgüter, zuständig. Dagegen ist jetzt für die Genehmigung von Kündigungen von Kleingärten das Einigungsamt unter der Bezeichnung „Kleingartenschiedsgericht" zuständig geworden. Bisher war eine doppelte Zuständigkeit gegeben: Ueber die Zulässigkeit einer Kündigung entschied zunächst die Finanzbehörde. Hatte die Finanzbehörde zugestimmt, so konnte nachträglich noch der Pächter das Einigungsamt anrufen. Das bedeutete für das Publikum eine große Umständlichkeit und für die Behörden war die Möglichkeit der abweichenden Beurteilung unerwünscht. Will jetzt ein Kleingartenverpächter das Pachtverhältnis lösen, so muß er, wenn der Pächter sich weigert, das Kleingartenschiedsgericht beim Wohlfahrtsamt anrufen. Dieses darf der Lösung des Pachtverhältnisses nur zustimmen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Andernfalls kann es auf Antrag des Pächters die Verlängerung auf die Dauer von höchstens 6 Jahren anordnen. Das gilt auch dann, wenn ein Pachtvertrag für bestimmte Zeit abgeschlossen ist und an sich ablaufen würde. Das Kleingartenschiedsgericht entscheidet unter Zuziehung von Beisitzern aus dem Kreise der Kleingartenverpächter und Pächter. Durch Reichsgesetz ist die Unterverpachtung von Kleingärten nur gemeinnützigen Unternehmungen gestattet. Wo sonst Unterverpachtung von Kleingärten stattfindet, ist sie ungültig und die Unterpächter treten bis zur Uebertragung an ein gemeinnütziges Unternehmen in ein unmittelbares Pachtverhältnis zum Grundeigentümer.

pb. **Festgenommen** wurden 3 Schlachtergesellen, die gemeinschaftlich in den Zollraum einer Groß-Schlachterei des hiesigen Schlachthofes eingedrungen waren und aus demselben 9 Kisten Schmalz zu je 50 Pfund gestohlen hatten. Das Diebesgut wurde nach dem Holstentor geschafft, wo es beschlagnahmt und dem Eigentümer wieder zurückgegeben wurde.

pb. **Wegen dringenden Verdachts** gestohlene Stoffe zum Kaufe angeboten zu haben, wurde ein in der Glockengießerstraße wohnhafter Schlosser und ein am Marquardtplatz wohnhafter Kellner festgenommen. Vermutlich handelt es sich um Stoffe, die aus Schiffsladungen oder Exportlägern gestohlen sind.

pb. **Festgenommen** wurde ferner ein bereits mehrfach vorbestrafter, im Gr. Kiesau wohnhafter Bürstenmacher sowie ein Handlungsgehilfe aus Ratzeburg. Ersterer hatte einen Korb mit 67 Pfund Butter, der in einem Ausschankgasthof in der Gr. Burgstraße hingestellt war, gestohlen, wobei ihm sein Komplice hilfreiche Hand geleistet hat.

ph. **Wegen Unterschlagung** von 600 engl. Pfunden ist der kaufmännische Angestellte Cäsar Dierking, geb. am 22. Juli 1895 in Waren i. M., flüchtig geworden. Dierking war von seinem Arbeitgeber beauftragt worden, zwei Schecks obengenannter Höhe bei hiesigen Banken einzuwechseln. Er hat diesen Auftrag auch ausgeführt und hat 12 000 Goldmark dafür eingewechselt, doch hat er das in ihn gesetzte Vertrauen durch Unterschlagung der Summe gröblich verletzt.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Die tätigen Genossen des 14. und 15. Distrikts werden gebeten, am Sonnabend abend 6 Uhr im Parteisekretariat zu erscheinen.

15. Landdistrikt. Sonnabend abend, 7 Uhr: Zusammenkunft im Gewerkschaftshaus. Vollzähliges Erscheinen der tätigen Genossen notwendig. W. Olbrich.

2. Distrikt. Tätige Genossen Sonnabend, d. 29. 12., präz. 7 Uhr Gewerkschaftshaus. (9943) Rose.

5. Distrikt! Tätige Genossen! Sonntag, den 30. Dezember, vorm. 9 Uhr, bei Hammer, Kronsforder Allee.

Stadttheater. Sonnabend: Gastspiel von Elsa Buchholz vom Opernhaus Köln in Lortzings komischer Oper „Der Waffenschmied". Sonntag, 3 Uhr: „Das gewandelte Teufelchen"; abends: „Der Mann im Mond. Montag, 7 Uhr: „Die Fledermaus, letztes Gastspiel von Elsa Buchholz als Adele. Dienstag, den 1. Januar, 7 Uhr abends: Erstaufführung „Tannhäuser".

Hansa-Theater. Von der Fallschen Operette „Die geschiedene Frau" finden nur noch zwei Aufführungen, Freitag und Sonnabend, 7½ Uhr statt. Sonntag 7½ Uhr wird zum ersten Male in dieser Spielzeit auf vielseitigen Wunsch „Das Schwarzwaldmädel" von Leon Jessel gegeben. Nachmittags 3 Uhr gelangt das Kindermärchen „Dornröschen" zu ganz kleinen Preisen zum letzten Male zur Aufführung. Montag (Silvester): „Das Schwarzwaldmädel."

Angrenzende Gebiete.

Schwartau-Rensefeld. Eine Versammlung der sozialdemokratischen Partei findet morgen, Sonnabend, abend 7½ Uhr im Gasthof Transvaal statt. Zu dieser Versammlung sind insbesondere die Erwerbslosen eingeladen. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Gadebusch. Das Schwein im Bett. Der Gendarmerie gelang es, mehrere in letzter Zeit ausgeführte Einbruchsdiebstähle aufzuklären. Dem Schlachtermeister B. wurde nachts ein geschlachtetes Schwein im Gewicht von 150 Pfund gestohlen. Die Fußspuren des Diebes führten nach dem Grundstück des Schuhmachermeisters W., bei dem dann auch das gestohlene Schwein im Bett vorgefunden wurde. Dieser Fund brachte W. zum Geständnis und zur Bekanntgabe seiner Komplizen und weiterer Einbruchsdiebstähle.

Hamburg. Ein deutscher Viermastschoner gestrandet. Aus Blockhus (Nordjütland) wird gemeldet, daß der deutsche Viermastschoner „Hermann Felds" aus Hamburg, von Hamburg nach dem Christianiafjord unterwegs, in der Weihnachtsnacht in der Kammerbucht zwischen Blockhus und Lökken gestrandet ist. Die Besatzung von 18 Mann wurde mit größter Mühe von dem Blockhuser Rettungsboot gerettet.

Vermischtes.

Zusammenstoß bei Oranienburg. Ein Eisenbahnunglück ereignete sich am Morgen des ersten Weihnachtsfeiertages vor den Toren Berlins. Gegen 6 Uhr vormittags fuhr der Personenzug 205 auf den am Einfahrtsignal des Bahnhofes Oranienburg haltenden Vorortzug 33 auf. Zwei Wagen wurden zertrümmert und gerieten in Brand. Ein Postschaffner, der sich im Postabteil des letzten Wagens befand, wurde dabei getötet. Vier weitere Eisenbahnbedienstete und Reisende wurden leicht verletzt.

Todesfahrt in einer Fähre. Aus Würzburg wird gemeldet: In Dettelbach ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Die den Verkehr über den Main vermittelnde Fähre sank infolge Ueberlastung. Sechs von den dreizehn Insassen fanden den Tod in den Wellen. Nach dem „Fränkischen Kurier" trug sich der Unfall in der Dunkelheit zu, wodurch die Rettungsarbeiten sehr erschwert wurden.

Millionenspende für das notleidende Deutschland. Der „Jüdischen Preßzentrale Zürich" wird aus Chikago gemeldet: Der Philanthrop Julius Rosenwald in Chikago spendete die ersten 100 000 Dollar zugunsten einer Sammlung für das notleidende Deutschland, die von dem ehmaligen Kommandeur der amerikanischen Besatzungstruppen in Koblenz, General Allen, eingeleitet wurde, und von der man hofft, daß sie den Betrag von einer Million Dollar übersteigen wird.

Der durchgebrannte Zeppelin. Das geheimnisvolle Verschwinden des französischen Luftschiffes „Dixmuiden" mit 50 Mann Besatzung stellt die französischen Fach- und Marinekreise vor ein schier unlösbares Rätsel. Trotz eifrigster Nachforschung, die seit drei Tagen von französischen Kriegsschiffen und Teilen des englischen und italienischen Mittelmeergeschwaders angestellt werden, ist es noch nicht gelungen, eine zuverlässige Nachricht über den Verbleib des Luftschiffes zu ermitteln. Man glaubt Anhaltspunkte dafür zu haben, daß der Luftkreuzer, nachdem er vom Sturme nach dem offenen Meer getrieben worden war, später von neuem sich nach dem Inneren Afrikas bewegte. Vierzig Flugzeuge, die, wie aus Tripolis gemeldet wird, sich auf die Suche nach der „Dixmuiden" begaben und die afrikanische Küste absuchten, sind ebenfalls unverrichteter Dinge nach ihrem Ausgangshafen zurückgekehrt. Eine Mitteilung des französischen Marineministeriums betont, daß bisher keine zuverlässigen Nachrichten über das Schicksal des Luftkreuzers eingetroffen seien. Man nimmt an, daß der Ballon in der afrikanischen Wüste gestrandet ist. Nach einer Meldung aus Toulon ist das ehemalige Zeppelinluftschiff „Dixmuiden" am 24. Dezember nachmittags um 4 Uhr westlich von Tatuin in Tunis gesichtet worden. Auf funkentelegraphischen Anruf gab der Zeppelin keine Antwort.

Lawinenstürze in der Schweiz. Aus Bern liegen folgende Meldungen vor: Infolge der großen Schneefälle der letzten Tage sind in verschiedenen Gegenden der Schweiz Lawinen niedergegangen, besonders in den Waadtländer Alpen. — In Sechey wurde ein Wohnhaus verschüttet, wobei zwei Personen ums Leben kamen. — Bei Dablerets riß eine Lawine alle Ställe und ein Wohnhaus weg; hier war ein Toter zu beklagen, auch wurde zahlreiches Vieh verschüttet. — Im Neuenburger und Waadtländer Jura erreichte die Schneehöhe 2,50 Meter.

Neue Erdbebenpanik in Tokio. Nach einer Blättermeldung aus Neuyork ist durch einen neuen heftigen Erdstoß in Tokio eine Panik verursacht worden. Die entsetzten Bewohner glaubten, eine neue Katastrophe und flüchteten. Sie blieben mehrere Stunden lang außerhalb der Stadt und kehrten erst zurück, als die seismographischen Sachverständigen sie beruhigt hatten. Die Schäden sind unbedeutend, obwohl die nach dem großen Erdbeben neu errichteten Gebäude stark erschüttert worden sind.

Freie Gedanken.

Viel Klagen hör' ich oft erheben
Vom Hochmut, den der Große übt,
Der Großen Hochmut wird sich geben,
Wenn unsere Kriecherei sich gibt.

Bürger.

Der Staat ist keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht, ebensowenig ist er „die Wirklichkeit der sittlichen Idee", „das Bild und die Wirklichkeit der Vernunft", wie Hegel behauptet. Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe, er ist das Eingeständnis, daß die Gesellschaft sich in einem unlösbaren Widerspruch mit sich selbst entwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Engels.

Ist ein noch so großer überallher versammelter Haufe von Leuten ein Volk? Gewiß nicht. Zu einem Volke ist viel mehr noch erforderlich, daß dieser Haufe in ursprünglicher Weise von demselben identischen und bestimmten Geiste beseelt sei, der einem Volke eben durch Rassenabstammung, Tradition und Geschichte vermittelt wird. Lassalle.

Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alb auf dem Gehirn der Lebenden. Marx.

Geschichte darf man weder beweisen noch belachen — Geschichte muß man verstehen. Spinoza.

Der Bratapfel.

Kinder, kommt und ratet,
was im Ofen bratet!
Hört, wie's knallt und zischt,
Bald wird er aufgetischt,
der Zipfel, der Zapfel,
Der Kipfel, der Kapfel,
Der gelbrote Apfel.

Kinder, lauft schneller;
holt einen Teller,
holt eine Gabel!
Sperrt auf den Schnabel
für den Zipfel, den Zapfel,
den Kipfel, den Kapfel,
den goldbraunen Apfel.
Sie pusten und prusten,

sie gucken und schlucken,
sie gucken und schlucken,
sie schnalzen und schmecken,
sie lecken und schlecken
den Zipfel, den Zapfel,
den Kipfel, den Kapfel,
den knusprigen Apfel.

Fritz und Emilie Kögel.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 27. Dezember. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Der heutige Markt zeigte keine Veränderung in den Preisen. Geschäfte begrenzten sich auf sofort greifbare Ware an der Bahn. Inlandspreise sind nominell. Preise in Rentenmark per Zentner: Weizen 7,80—8,10, Roggen 6,60—7,00, Hafer 5,80—6,00, inländische Gerste 7,60—7,90 ab inländ. Station, ausländ. Gerste loko 8,30—8,40, Mais loko 8,30—8,40, frei Kaiwaggon. Oelkuchen unverändert.

Futtermittel. Hamburg, 27. Dezember. Mais loko 8,20 Rentenmark, Reisfuttermehl (24proz.), Januar-März, 1,40 Dollar, Palmkuchen, Februar-März, in holl. Gulden 7,5[illegible], Inlandsweizenkleie, loko in Rentenmark 3,80. Tendenz: stetig.

Heu und Stroh. Hamburg, 27. Dezember. Im Großhandel stellt sich der Preis für: Wiesenheu, lose 2,00, gepreßt 2,9[illegible], Getreidestroh, gebündelt 0,90, gepreßt 1,10 Goldmark, alles Ztr. in Rentenmark frei Waggon, inl. Verladestation ex Deckenmiete.

Kleinhandelsnotierungen des Hamburger Futagehandels. Hamburg, 27. Dezember. Hafer 9,00, Mischfutter 8,00, Häcksel 3,75, Wiesenheu gebd. 5, Timothy- und Kleeheu, gebd. 7, Preßstroh 3,75 (alles per Zentner in Rentenmark).

Rinder und Schafe. Hamburg, 27. Dezember. Es wurden gezahlt für 1 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen und Färsen: Vollfl. ausgem., 1. Qu. 0,50—0,55 Mk., vollfleischige, 2. Qu. 0,42—0,4[illegible], fleischige 3. Qu., 0,35—0,40 Mk., gering genährte, 4. Qual. 0,2[illegible] bis 0,31 Mk. Bullen: Vollfl. ausgem., 1. Qu. 0,45—0,50 Mk., vollfleischige, 2. Qul. 0,35—0,42 Mk., fleischige, 3. Qu. 0,32—0,35 Mk., gering genährte, 4. Qu. 0,20—0,28 Mk. Kühe: Vollfl., ausgem. 1. Qu. 0,44—0,50 Mk., vollfleischige, 2. Qu. 0,38—0,44 Mk., gering genährte, 3. Qu. 0,30—0,35 Mk., geringste Sorte (Wurstkühe) 0,15—0,23 Mk. Schafe: Weidemast. 1. Qu. 0,52—0,55 Mk., 2. Qu. 0,46—0,52 Mk., 3. Qu. 0,15—0,30 Mk. Marktzufuhr: 17[illegible] Rinder, hierunter 673 Ochsen, 197 Färsen, 89 Bullen, 772 Kühe und 244 dänische Rinder, 299 Schafe. Der Handel mit Rindern war ruhig, mit Schafen gut.

Butter und Milch. Hamburg, 27. Dezember. Der Butter- und Milchpreis bleibt auch nach dem 27. Dezember unverändert, so daß also ein Pfund Butter 2,40 Mk., ein Liter Mager- oder Buttermilch 18 Pfennig bei Zahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln kostet.

An alle! Kämpft für Brot und Freiheit!
Kämpft für Freiheit und Republik!

Wählt am 6. Januar „Ja!"